

## Stimmen zur Revision der „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ und Hinweise auf wichtige Veränderungen

Nach längerer Vorbereitungszeit hat der Staatsrat der Volksrepublik China am 28. August 2017 eine Neufassung der „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ (*Zongjiao shiwu tiaoli* 宗教事物条例) erlassen, die am 7. September 2017 veröffentlicht wurde. Sie wird am 1. Februar 2018 die bisher geltende Fassung ablösen, die 2004 als erste umfassende Verwaltungsrechtsnorm für den Umgang des Staates mit den Religionen erlassen worden war.

Die Neufassung der „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ ist deutlich umfangreicher als die bisherige Version: Sie enthält 77 Paragraphen in 9 Kapiteln, gegenüber 48 Paragraphen in 7 Kapiteln der Fassung von 2004. Es wurden nicht nur Paragraphen neu hinzugefügt, sondern auch zahlreiche Veränderungen und Ergänzungen in bereits bestehenden Paragraphen vorgenommen (vgl. die Übersetzung in der Dokumentation dieser Nummer).

Genau ein Jahr vorher, am 7. September 2016, war ein vom Staatlichen Büro für religiöse Angelegenheiten (BRA) federführend vorbereiteter Revisionsentwurf zur Einholung von Meinungen aus der Öffentlichkeit veröffentlicht worden; bereits damals sahen Kommentatoren eine stärkere Kontrolle der Religionen als Hauptziel der Revision an (vgl. *China heute* 2016, Nr. 3, S. 140-142). Dass die endgültige Verabschiedung so lange auf sich warten ließ, lässt vermuten, dass es hinter den Kulissen noch Änderungswünsche und Diskussionen um das Dokument gegeben hat. Die jetzt erlassene Version unterscheidet sich jedoch von dem Revisionsentwurf nur geringfügig, woraus man schließen kann, dass sich eine härtere Linie in der Religionspolitik durchsetzen und das BRA seine Position stärken konnte. Die Änderungen in der endgültigen Fassung gegenüber dem Revisionsentwurf enthalten in der Mehrzahl der Fälle Verschärfungen oder zusätzliche politische Forderungen, so etwa den Zusatz in § 4, dass die Religionen „die sozialistischen Kernwerte praktizieren“ müssen.

### Vorstellung der revidierten Vorschriften in den chinesischen staatlichen Medien

Tiefgreifende Veränderungen in der internationalen und nationalen Situation hätten die Revision der Religionsvorschriften notwendig gemacht, schrieb die chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* am 7. September 2017. Worin diese neue Problemlage aus Partei- und Regierungssicht besteht, führte Wang Zuo'an, der Direktor des BRA, in seinem Beitrag über die Revision in der Parteizeitung *Renmin ribao* vom 12. September aus: „Die Infiltration ausländi-

scher Kräfte mittels Religion wird täglich intensiver, religiöses extremistisches Gedankengut breitet sich an manchen Orten aus, Probleme mit Religion im Internet beginnen hervorzustechen, das Chaos durch die Kommerzialisierung von Religion hat die allgemeine Aufmerksamkeit der Gesellschaft erregt, an manchen Orten lassen sich illegale religiöse Aktivitäten trotz wiederholter Verbote nicht stoppen, die mobile Bevölkerung [d.h. Binnenmigranten] bringt neue Probleme für die Verwaltung der religiösen Aktivitäten mit sich und Interessenkonflikte der religiösen Organisationen mit anderen Seiten häufen sich.“ Liu Guopeng von der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften (ein Katholizismusexperte) sagte der englischsprachigen *Global Times*, dass China ein wachsendes Problem mit Konflikten zwischen den Religionen habe; konkret machte er geltend, dass konservative Anhänger des schnell gewachsenen Protestantismus häufig den Buddhismus oder Daoismus angreifen würden und einige muslimische Gruppen im Nordwesten durch den Einfluss des nahöstlichen Wahabismus zunehmend konservativ und aggressiv geworden seien. Das Gleichgewicht der Religionen sei an diesen Orten zerstört, so Liu. Solche Probleme sollen die revidierten Vorschriften lösen, die laut *Global Times* „spezifischer und strikter“ sind als die alten.

In allen offiziellen Beiträgen wurde darauf verwiesen, dass die Revision eine wichtige Maßnahme zur Umsetzung des Geistes der Nationalen Konferenz zur Religionsarbeit vom April 2016 sei, auf der KP-Generalsekretär Xi Jinping eine programmatische Religionsrede gehalten hatte. Wang Zuo'an verwies in seinem genannten Beitrag besonders auf zwei Forderungen aus Xi Jinpings Rede, die in die Revision eingeflossen seien, nämlich dass [Partei und Regierung] im Umgang mit den Religionen „führen“ und dass die Religionen an der „Sinisierung“ festhalten müssen.

Zwei Tage nach der Veröffentlichung des Dokuments wurde die „Gemeinsame Konferenz der nationalen religiösen Organisationen“ einberufen, um die revidierten „Vorschriften“ zu studieren, deren Sinn BRA-Direktor Wang Zuo'an während der Sitzung in einem Vortrag erläuterte. Die Vorsitzenden der nationalen Organisationen der fünf Religionen bezeichneten in ihren Reden – so der Bericht auf der Website des BRA – die Revision einhellig als von den Religionen „lange erhoffte große Sache“, bei der auf die Stimme der religiösen Kreise gehört worden sei. – Weitere Studiensitzungen auf allen Ebenen werden sicher folgen.

### Kommentare in den ausländischen Medien

„Die Hardliner haben gewonnen. Die Endversion sieht restriktiver aus als der Revisionsentwurf“, sagte Yang Fenggang von der Purdue University gegenüber der *South China*

*Morning Post*. Ihm zufolge betreffen die Änderungen alle Religionen, aber in besonderem Maß die protestantischen Hauskirchen. Die Zeitung merkt an, dass vor allem protestantische Hauskirchen nach der Veröffentlichung des Revisionsentwurfs (erfolglos) gegen die dort vorgesehenen hohen Geldstrafen für religiöse Aktivitäten außerhalb der offiziellen Institutionen Stellung bezogen hätten. Die Strafen würden einige Hauskirchen sicher abschrecken, merkte Carsten Vala von der Loyola University Maryland in einem anderen Beitrag der *South China Morning Post* an. Dort wird auch erwähnt, dass etwa in Wenzhou einige der großen Hauskirchen bereits begonnen hätten, sich aufzuteilen und in kleineren Gruppen zu treffen, um den Behörden eine möglichst kleine Zielscheibe zu bieten.

Die neuen Vorschriften zeigten, dass die Behörden nicht auf die von den religiösen Gemeinschaften während der öffentlichen Anhörung geäußerten Meinungen gehört hätten, sagte Anthony Lam, Executive Secretary des Holy Spirit Study Centre der katholischen Diözese Hongkong, zu UCAN. Vollständige Kontrolle sei das Ziel, wohingegen die Fassung von 2004 ausgeglichener und gemäßiger gewesen sei. Lam betonte, dass die Änderungen sich sowohl auf die offiziellen als auch die Untergrundgemeinschaften der katholischen Kirche in China auswirken würden. Lam beschrieb gegenüber UCAN die gegenwärtige Entwicklung der religiösen Angelegenheiten in China als „besorgniserregend“; früher hätten Religionsbeamte bei trivialen kirchlichen Angelegenheiten ein Auge zugedrückt, während nun alles streng überwacht werde und man keine Kleinigkeit durchgehen lasse – dies auch mit Hilfe der Überwachungstechnologie, über die der Staat heute verfüge. Laut Bernardo Cervellera von der katholischen Nachrichtenagentur *AsiaNews* zielen die revidierten Vorschriften auf eine Auslöschung der Untergrundgemeinschaften ab; die vielen Strafbestimmungen erweckten den Eindruck, dass Religion nicht nur – mit Marx – das Opium, sondern vielmehr die Plage der Massen sei.

Ying Fuk-tsang von der Divinity School der Chinese University of Hong Kong äußerte gegenüber UCAN die Befürchtung, dass die verschärften Vorschriften den Kern des Glaubens zu unterminieren suchten und dass die religiöse Erziehung künftig stärker reglementiert werde. Zutreffend ist sicher die von UCAN zitierte Feststellung eines Priesters aus Nordwestchina, dass zwischen neuen und alten Vorschriften zwar kein essentieller Unterschied bestehe, jedoch die kontrollierende „Leine“ straffer angezogen worden sei.

Die International Campaign for Tibet erklärte in einem Statement auf ihrer Website, dass die revidierten Vorschriften eine Bedrohung für das Überleben des tibetischen Buddhismus darstellten. Insbesondere kritisierte sie die Verknüpfung von Religion mit einem nicht näher definierten Extremismus und Fragen der Terrorismusbekämpfung.

Ob die lokalen Behörden allerdings bereit sein werden, die neuen Vorschriften umzusetzen, ist für Brent Fulton eine ganz andere Frage. Auf *China Source Blog* kommt er

zu dem Fazit: „Chinas religiöses Leben mit den Myriaden von Bestimmungen regeln zu wollen, die in den neuen Vorschriften enthalten sind, gleicht ein wenig dem Versuch, den sprichwörtlichen Pudding an die Wand zu nageln. Mehr Nägel im Werkzeugkasten machen die Aufgabe kein bisschen einfacher.“

**Einige Hinweise auf Schwerpunkte der Veränderungen gegenüber der Fassung von 2004** sollen hier als Lesehilfe für die in der *Dokumentation* dieser Ausgabe vorgelegte Übersetzung der revidierten „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ angefügt werden.

**Rolle der religiösen Organisationen.** Die neu eingefügten Passagen in § 6 Abs. 1 und 3 enthalten die politische Forderung nach einer Verstärkung der „Religionsarbeit“ – d.h. der Verwaltung religiösen Lebens – durch die Volksregierungen auf allen Ebenen, wobei erstmals ausdrücklich auch die Gemeinde- und Dorfebene an der Basis einbezogen wird. Den religiösen Organisationen (*zongjiao tuanti* 宗教团体) als Instrumenten der Religionspolitik kommt dabei eine Schlüssel- und Monopolstellung zu, die in dem revidierten Dokument noch deutlicher als bisher herausgearbeitet wird. Der Begriff wird in den „Vorschriften“ selbst zwar weiterhin nicht definiert und es bleibt damit theoretisch offen, um wen es sich dabei handelt. Jedoch werden im derzeitigen chinesischen Religionsverwaltungssystem mit diesem Terminus die offiziellen, von der Regierung initiierten Massenorganisationen der fünf anerkannten Religionen bezeichnet, die der Weisung des BRA unterstehen. Der neu eingefügte § 8 listet erstmals die Funktionen dieser religiösen Organisationen auf, und der neue § 10 legt fest, dass religiöse Ausbildungsstätten, Stätten für religiöse Angelegenheiten und religiöse Amtsträger sich an das von den religiösen Organisationen festgelegte System von Regeln halten müssen.

**Eine Schließung der „Grauzonen“**, des tolerierten halblegalen Grenzbereichs, in dem bisher ein großer Teil des religiösen Lebens stattfand, versucht die Revision offensichtlich durch die ergänzende Einfügung expliziter Verbote (wie: „Keine andere Organisation oder Einzelperson darf ...“) und damit korrespondierender Strafen zu erreichen (vgl. besonders §§ 9, 11, 36.3, 41, 71 und 73.4). Diese Paragraphen stellen religiöse Aktivitäten im „Untergrund“ noch eindeutiger in den Bereich des Illegalen und Strafbaren, als das bisher schon der Fall war.

**Auf der „nationalen Sicherheit“ und dem „religiösen Extremismus“** liegt ein Fokus des revidierten Dokuments. Der Begriff „Extremismus“ bzw. „religiöser Extremismus“ kommt in der revidierten Fassung von 2017 fünfmal vor (in den §§ 3, 4, 45, 63 und 73), in der Fassung von 2004 nur einmal. Damit wird in dem Dokument der Begriff „terroristische Aktivitäten“ verknüpft, der in der Fassung von 2004 gar nicht erschien; er findet sich in der Fassung von 2017 dreimal (§§ 4, 63, 73). Diese Termini werden seit Jahren in der chinesischen Religionspolitik vor allem im Zusam-

menhang mit dem Islam in Xinjiang verwendet, teilweise – wie oben erwähnt – auch in Zusammenhang mit dem Buddhismus in Tibet. Der schwer zu fassende Vorwurf der Gefährdung der nationalen Sicherheit durch Verrat von Staatsgeheimnissen fungierte in den letzten Jahren immer wieder als Anklagepunkt auch in Gerichtsverfahren mit Religionsbezug.

**Die Kontrolle von Auslandsbeziehungen** ist einer der Schwerpunkte der Revision. Neu eingefügt wurden in diesem Bereich u.a. das Prinzip des Widerstands gegen „Infiltration“ (§ 3) sowie Bestimmungen und Strafen in Hinblick auf Annahme von Spenden aus dem Ausland – die Annahme von Spenden von über 100.000 Yuan (rund 13.000 Euro) ist genehmigungspflichtig (§ 57, 73.3). Rechtliche Haftung bis hin zu strafrechtlichen Konsequenzen ist vorgesehen für das Akzeptieren ausländischer Kontrolle und die eigenmächtige Annahme der Ernennung für ein religiöses Amt durch eine ausländische Institution (§ 73.2) – im Umkehrschluss müsste demnach die Annahme etwa einer päpstlichen Bischofsernennung *mit* Zustimmung chinesischer Behörden ganz offiziell zulässig sein. Auch das eigenmächtige Organisieren der Teilnahme gläubiger Bürger an religionsbezogenen Konferenzen, Fortbildungen und Aktivitäten im Ausland wird künftig geahndet (§ 70 Abs. 1).

**Das Thema Religion und Bildung** ist ein weiterer Schwerpunkt – mit Querverbindungen zum Thema Auslandsbeziehungen. Neu sind hier u.a. folgende Bestimmungen: Religiöse Erziehung und Fortbildung sowie Ausbildung der religiösen Amtsträger sind Aufgabe der religiösen Organisationen (§ 8.4) – ebenso wie Forschung zur religiösen Kultur und Auslegung der religiösen Lehre (§ 8.3). Die religiösen Ausbildungsstätten haben ein eigenes Kapitel bekommen und sind damit in ihrer Bedeutung aufgewertet. Fortbildungen für religiöse Amtsträger mit einer Studierendauer von drei oder mehr Monaten, die von religiösen Organisationen oder Stätten für religiöse Aktivitäten durchgeführt werden, müssen behördlich genehmigt werden (§ 18). Generell darf religiöse Erziehung und Fortbildung nur von religiösen Organisationen, religiösen Ausbildungsstätten und Stätten für religiöse Aktivitäten organisiert werden (§ 41 Abs. 2), Verstöße werden geahndet (§ 70 Abs. 1). Religiöse Aktivitäten an Schulen und Bildungseinrichtungen, die keine religiösen Ausbildungsstätten sind, werden explizit verboten (§ 44), bei Verstößen drohen den Schulen Konsequenzen bis hin zur Schließung (§ 70 Abs. 2). Diese neuen Bestimmungen stehen in Zusammenhang mit dem genannten parteistaatlichen Drängen auf eine „Sinisierung“ der Religionen und ihrer Lehren und der immer wieder formulierten Sorge der Partei vor religiöser (insbesondere christlicher) „Infiltration“ im Bildungswesen, besonders an den Hochschulen.

**Das Kapitel „Religiöses Eigentum“** ist deutlich erweitert worden. Neu ist dort u.a., dass religiöse Organisationen, religiöse Ausbildungsstätten und Stätten für religiöse Aktivitäten als „Non-Profit-Organisationen“ definiert werden

(§ 52). Es wird ausdrücklich verboten, in religiöse Stätten oder große religiöse Statuen zu investieren oder sie unter Vertrag zu nehmen und geschäftsmäßig zu betreiben (§ 53 Abs. 2) – dies geht auf eine längere religionspolitische Diskussion über Missstände v.a. im Bereich des Daoismus und Buddhismus zurück, wo Tempel oft auch Sehenswürdigkeiten und deshalb der Einflussnahme von Tourismusbehörden und -firmen ausgesetzt sind. Für die Anforderungen an die Finanzverwaltung von religiösen Organisationen, religiösen Ausbildungsstätten und Stätten für religiöse Aktivitäten sind die Standards und Kontrollen deutlich erhöht worden, wie es bereits schon in den untergeordneten „Maßnahmen für die Aufsicht über und Verwaltung von Finanzen religiöser Versammlungsstätten (zur probeweisen Durchführung)“ von 2010 festgelegt ist. Der neue Zusatz, dass die Religionsbehörden die mit der Finanzaufsicht über die religiösen Institutionen verbundenen Verwaltungsdaten mit anderen zuständigen Behörden teilen müssen (§ 58 Abs. 1), macht deutlich, dass in Zusammenhang mit Big Data die Grauzonen auch im finanziellen Bereich schrumpfen werden. Neu eingefügt ist die Verpflichtung der religiösen Akteure zur Steuerregistrierung und zu Steuererklärungen – der mögliche Genuss von Steuervergünstigungen fand sich schon in der Fassung von 2004 (§ 59).

**Beantragung des Status einer juristischen Person.** Eine interessante und von chinesischen Religionsvertretern immer wieder geforderte Neuerung ist die Regelung, dass Stätten für religiöse Aktivitäten eine Registrierung als juristische Personen beantragen können (§ 23), allerdings nur nach Zustimmung der lokalen religiösen Organisation und der lokalen Religionsbehörde. Der Antrag erfolgt bei den Behörden für Zivilverwaltung. Auch für religiöse Ausbildungsstätten soll ein solcher Antrag künftig möglich sein (§ 14). Der Status einer juristischen Person ist notwendig, um als Institution rechtskräftige Verträge schließen zu können.

**Das Internet und die sozialen Medien** spielen im Leben der Religionen Chinas eine immer wichtigere Rolle und bieten bisher – trotz Internetzensur – gewisse Freiräume für die Religionsverbreitung. Dieser Bereich wurde ganz neu in die „Vorschriften“ aufgenommen. Dort heißt es nun, dass das Betreiben von religiösen Informationsdiensten im Internet von den Religionsbehörden auf Provinzebene – also auf der zweithöchsten Verwaltungsebene – genehmigt werden muss (§ 47). Für die Inhalte gelten die gleichen Vorschriften wie für religiöse Publikationen (§ 48); Verstöße – auch ein Ausweiten der Internetdienste über den genehmigten Rahmen hinaus – werden verfolgt (§ 68).

**Die Einführung von „provisorischen Orten für Aktivitäten“** ist eine weitere interessante Änderung. Der Antrag dazu kann von religiösen Bürgern gestellt werden, wenn das Bedürfnis nach kollektiven religiösen Aktivitäten besteht, aber die Hürden für die Errichtung einer regulären Stätte zu hoch sind (§ 35 – Schließung bei schwerwiegenden Verstößen gegen Vorschriften § 66). Diese Neuerung

dürfte vor allem der Migration und schnellen Urbanisierung Chinas geschuldet sein; beispielsweise wird in der chinesischen Fachliteratur berichtet, dass die vielen muslimischen Arbeitsmigranten aus Nordwestchina, die in den Shanghaier Außenbezirken leben, sich zum Gebet in informellen Gebetsstätten (oft in von Muslimen betriebenen Nudelrestaurants) trafen, weil der Weg zur nächsten Moschee viel zu weit sei. Solchen Problemen könnte entgegengesteuert werden, wenn die lokalen Regierungen künftig, wie in den Vorschriften ebenfalls neu vorgesehen, den Bedarf an religiösen Stätten in ihre Stadt- und Gemeindeplanung aufnehmen (§ 32). Ying Fuk-tsang allerdings bezeichnete in *UCAN* die neuen „provisorischen Orte“ mit Blick auf die Hauskirchen als besorgniserregend und fragte nach der Absicht hinter dieser Maßnahme.

**Weitere bemerkenswerte neue Bestimmungen** sind ein Verbot der Verbreitung von Religion durch gemeinnützige Wohltätigkeitseinrichtungen (§ 56 Abs. 2) und die Verpflichtung der Stätten für religiöse Aktivitäten, ihre religiösen Amtsträger zur Sozialversicherungsregistrierung anzumelden (§ 39). Große religiöse Statuen im Freien dürfen künftig nur noch innerhalb religiöser Stätten errichtet werden (§ 30).

**Das Kapitel „Rechtliche Haftung“** wurde sehr stark ausgeweitet und mit konkreten Geldstrafen und Hinweisen auf strafrechtliche Haftung angereichert. Es beansprucht nunmehr mit 2.854 von insgesamt 9.744 Schriftzeichen (eigene Zählung) fast 30% des Gesamttextes! Der entsprechende Paragraph zur rechtlichen Haftung bei Amtsmissbrauch durch Mitarbeiter des Staates (§ 61) blieb unverändert erhalten, ebenso das Recht auf Verwaltungswiderspruch und Verwaltungsklage gegen Verwaltungsakte der Behörden (§ 75).

### Ankündigung weiterer Vorhaben

Das Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten hat seit dem Erlass der „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ im Jahr 2004 systematisch Detailbestimmungen, sog. „Maßnahmen“ (*banfa* 办法), zu den wichtigsten Punkten der „Vorschriften“ erlassen. Hier hat BRA-Direktor Wang Zuo'an in seinem Beitrag vom 12. September bereits Nachbesserungen angekündigt: Für die Bereiche religiöse Informationsdienste im Internet, die Errichtung von provisorischen Orten für (religiöse) Aktivitäten und die Beantragung des Status einer juristischen Person durch Stätten für religiöse Aktivitäten – alle drei neu in die Vorschriften aufgenommen – sowie für die Verwaltung des islamischen Hadsch sollen konkrete Maßnahmen festgelegt werden. Eine Revision ist für die „Maßnahmen für die Errichtung religiöser Ausbildungsstätten“ von 2007 und die „Maßnahmen für die Anstellung ausländischer Experten an religiösen Ausbildungsstätten“ von 1998 vorgesehen. Der Verwaltungszugriff der Behörden auf das Leben der Religionen in China wird also weiter ausgebaut.

Katharina Wenzel-Teuber

**Quellen** (2017): *AsiaNews* 11.,12.09.; *China Daily* 8.09.; *China Source Blog – From the Western Courtyard* 13.09.; *globaltimes.cn* 11.09.; *Radio Free Asia* 14.09.; *Renmin ribao* (paper.people.com.cn) 8.09. (mit Wortlaut des Textes),12.09.; *sara.gov.cn* 9.09.; *savetibet.org* 18.09.; *South China Morning Post* 8.,10.09.; *UCAN* 7.,8.,20.09.; *Xinhua* 7.09. (mit Wortlaut des Textes). Siehe die Übersetzung der revidierten „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ mit weiteren Angaben in der Dokumentation dieser Nummer.

## Bischofswechsel in Hongkong

Nach Ablauf einer dreijährigen Verlängerung seiner Amtszeit als Bischof von Hongkong wurde Kardinal John Tong mit Vollendung seines 78. Geburtstages am 31. Juli 2017 von seinem Amt emeritiert. Kardinal Tong hatte die Leitung der Diözese acht Jahre lang inne. Am 1. August übernahm Koadjutorbischof Michael Yeung Ming-cheung die Diözese Hongkong. In seinem Abschiedsschreiben an „meine Familie in Christus“ vom 29. Juni 2017 blickt Kardinal Tong auf seine Amtszeit zurück. Er erwähnt u.a. die Evangelisierungsarbeit der Diözese: so wurden in den vergangenen acht Jahren 60.000 Personen, die Hälfte von ihnen Erwachsene, getauft. Heute zählt die Diözese 600.000 Katholiken, dies entspricht sieben Prozent von Hongkongs Gesamtbevölkerung von 7,4 Millionen. Viele der Gläubigen sind Nicht-Chinesen. Kardinal Tong hofft in Zukunft auf eine größere Zahl an Berufungen, diesbezüglich unternimmt die Diözese verschiedene Schritte. Die Zahl der ständigen Diakone beträgt 20. Ein weiterer Schwerpunkt der diözesanen Arbeit ist die Fortbildung von Laien. Der Kardinal erwähnt auch das gesellschaftliche Engagement der Kirche und die tiefe Verbindung zur Universalkirche. Zudem spricht er die Beziehungen zur Kirche auf dem chinesischen Festland an und ermutigt den Heiligen Stuhl, den Dialog zwischen China und dem Vatikan weiter voranzutreiben. Als einen der Pläne für die Zukunft nennt er die Einrichtung einer katholischen Universität in Hongkong.



Kardinal John Tong 2007 im Holy Spirit Seminary, wo auch das Holy Spirit Study Centre untergebracht ist, in dem er sich künftig wieder der Forschung widmen will. Foto: John Pontifex.

Kardinal Tong wird nach eigenen Aussagen zukünftig Forschungsarbeit am Holy Spirit Study Centre betreiben und Kontakte aufrechterhalten wie auch als Kardinal weiterhin in verschiedenen römischen Dikasterien mitarbeiten, so u.a. bei der Päpstlichen Kongregation für die Evangelisierung der Völker.

In die Amtszeit von Kardinal Tong fielen eine ganze Reihe von politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Wie der *Hong Kong Sunday Examiner* am 22. Juli schreibt, stießen wiederholte Appelle an die Hongkonger Regierung bezüglich der Arbeits- und Lebensbedingungen im Territorium wie auch Rufe nach mehr Demokratie immer wieder auf taube Ohren. Höhepunkt war ein resoluter Appell von Kardinal Tong an die neue Regierungschefin Carrie Lam, Pläne für die Einführung eines Religionsbüros in Hongkong aufzugeben – diesmal allerdings mit Erfolg. Die Regenschirm-Bewegung 2014 führte zu einer gewissen Spaltung bei den Katholiken in Befürworter und Ablehner.

In seiner ruhigen Gentleman-Art und mit einem starken Glauben bewappnet vermochte Kardinal Tong auch widrigen Situationen immer etwas Positives und Hoffnungsvolles abzugewinnen. So bekundete er immer wieder auch seine Hoffnung auf einen guten Ausgang der sino-vatikanischen Gespräche.



Bischof Michael Yeung. Foto: UCAN.

Bischof Michael Yeung Ming-cheung wurde am 1. Dezember 1945 in Shanghai in eine katholische Familie geboren, kam aber mit 4 Jahren mit seiner Familie nach Hongkong. Nach einigen Jahren in der Wirtschaft trat er mit 26 Jahren ins Priesterseminar in Hongkong ein. 1978 wurde er zum Priester geweiht. Er erwarb Studienabschlüsse u.a. in Sozialer Kommunikation an der Syracuse University in den USA wie auch in Erziehungswissenschaften an der Harvard University. In Hongkong hatte er vor seiner Bischofsweihe 2014 unterschiedliche Aufgaben in pastoralen, aber auch Verwaltungsbereichen inne, u.a. arbeitete er von 2003–2014 als Direktor von Caritas Hongkong. Ab 2009 war er einer der Generalvikare Hongkongs. Am 30. August 2014 wurde er – zusammen mit Ha Chi-shing OFM und Lee Bun-sang (inzwischen Bischof von Macau) – zum Weihbischof geweiht. Am 13. November 2016 ernannte ihn Papst Franziskus zum Koadjutorbischof der Diözese Hongkong mit dem Recht auf die Nachfolge von Kardinal Tong.

Bischof Yeung hat gute Beziehungen zur neuen Hongkonger Regierungschefin Carrie Lam, einer praktizierenden Katholikin; sie kennen sich seit vielen Jahren persönlich. Einige Tage nach ihrer (nicht-demokratischen) „Wahl“

besuchte sie am 7. April Kardinal Tong, Bischof Yeung und Generalvikar Dominic Chan. Sie nahm am 5. August auch an der Amtseinführung von Bischof Yeung teil.

Wie sich Bischof Yeung positionieren wird, bleibt abzuwarten. Nach seiner Ernennung zum Koadjutor kniete er vor Kardinal Tong und anschließend vor Kardinal Zen, einem großen lautstarken Verfechter der Religionsfreiheit, nieder; er sagte, sie böten „wie zwei große Bäume Schatten“, während derzeit Stürme die Hongkonger Gesellschaft heimsuchten.

In einer Pressekonferenz einen Tag nach seinem Amtsantritt bekundete Bischof Yeung die Sorge um die Armen und Verlassenen in der Gesellschaft als Priorität. „Unser älteren Menschen müssen sich gewürdigt und wertgeschätzt fühlen ... Wir müssen uns auch um unsere jüngere Generation kümmern ... Nicht alle von ihnen möchten gegen die Regierung kämpfen, sie müssen nur ihren Unmut ausdrücken können, und die Machthabenden müssen ihnen zuhören“, so ein Zitat in *AsiaNews* vom 8. August. Zu einem möglichen politischen Engagement sagte er: „Die Kirche ist keine politische Partei. Wenn wir jedoch vor Problemen stehen, die Einfluss haben auf die gesamte Gesellschaft, wie Menschenrechte, Gerechtigkeit ..., dann, so denke ich, muss die Kirche ihre Stimme erheben.“ Der Bischof betonte, dass die Hongkonger Kirche weiterhin als „Brücke“ zwischen China und dem Vatikan dienen wolle. Wenn sich der Dialog irgendwie aufrechterhalten ließe, würde er sich dafür einsetzen. Bischof Yeung erinnerte zudem an den verstorbenen Menschenrechtler Liu Xiaobo: „Es hat mir das Herz gebrochen, ich war traurig, einen Menschen im Gefängnis sterben zu sehen, nachdem er Demokratie und Gerechtigkeit verteidigt hatte ...“. Er bekundete aber auch seine Bereitschaft, sich mit den chinesischen Behörden bezüglich verschiedener Themen auszutauschen. Bei der Einführungsmesse am 5. August sprach er in seiner Predigt u.a. von einer Armut innerhalb der Beziehungen; so sei eine der pastoralen Prioritäten das Heilen von Beziehungen, besonders innerhalb der Familien, auch mit Blick auf die alten Menschen. Der Bischof warnte vor einer zu einseitigen Betonung des wirtschaftlichen Wachstums.

Katharina Feith

**Quellen** (2017): *AsiaNews* 1.,2.08.; *China heute* 2017, Nr. 4, S. 217; *Hong Kong Sunday Examiner* 22.,29.07.; 12.08.; UCAN 28.07.

## Tod des chinesischen Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo

Im Alter von 61 Jahren verstarb am 13. Juli 2017 der chinesische Dissident und Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo in einem Krankenhaus in Shenyang an den Folgen seiner Krebserkrankung. Seinem im Endstadium der Krankheit ausgesprochenen Wunsch nach medizinischer Behandlung im Ausland in Begleitung seiner Frau Liu Xia wurde nicht

entsprochen. Drei Tage nach seinem Tod wurde Liu im Beisein einiger seiner Familienangehörigen eingeäschert und seine Asche später im Meer verstreut. Dies geschah laut Auskunft der chinesischen Nachrichtenagentur *Xinhua* auf Wunsch der Familie. Kritische Beobachter vermuten allerdings, die chinesische Regierung wollte so verhindern, dass sein Grab eine Gedenkstätte für die Menschenrechtsbewegung in China werden könnte. Die Nachricht von Liu Xiaobos Tod wurde in chinesischen Medien kaum verbreitet, die explizite Nennung seines Namens sowie desjenigen seiner Frau in den sozialen Netzwerken weitgehend unterdrückt.



Gedenkgottesdienst für Liu Xiaobo in der Holy Cross Church in Hongkong am 18. Juli 2017. Foto: UCAN.

Während öffentliche Gedenkveranstaltungen für Liu Xiaobo in der Volksrepublik nicht möglich waren, wurde am 18. Juli in der Holy Cross Church in Hongkong ein Gedenkgottesdienst veranstaltet, an dem mehr als 700 Menschen teilnahmen. Der Gottesdienst wurde von Priester Louis Ha, dem kirchlichen Berater der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der Diözese Hongkong, zusammen mit fünf anderen Priestern zelebriert. Obwohl Liu Xiaobo kein Christ gewesen sei, habe er ein Leben im Einklang mit dem kirchlichen Ideal der Barmherzigkeit gelebt und sich für den Frieden geopfert, sagte Ha. Menschenrechtsaktivisten und Unterstützer von Liu versammelten sich nach seinem Tod im Gedenken an ihn vor dem Verbindungsbüro der

Beijinger Zentralregierung in Hongkong. Die Hong Kong Alliance in Support of Patriotic Democratic Movements in China organisierte einen Kerzenumzug für Liu.

Bis zu seinem Tod verbüßte Liu Xiaobo wegen seiner systemkritischen Schriften eine langjährige Haftstrafe, die am 25. Dezember 2009 gegen ihn verhängt worden war und die 2020 ausgelaufen wäre. Wegen seiner Mitautorchaft an der „Charta 08“ wurde ihm die „Untergrabung der Staatsgewalt“ zur Last gelegt. In der Charta hatten sich im Dezember 2008 mehr als 300 chinesische Intellektuelle für politische Reformen in China ausgesprochen, u.a. für freie Wahlen und Gewaltenteilung. Im Oktober 2010 hatte ihm das norwegische Nobelpreiskomitee in Würdigung seines „langen und gewaltlosen Kampfes für fundamentale Menschenrechte in China“ den Friedensnobelpreis zugesprochen. Der inhaftierte Liu durfte den Preis nicht persönlich entgegennehmen, auch seiner Frau Liu Xia war dies verwehrt worden. Deshalb symbolisierte man in Oslo seine Abwesenheit bei der Zeremonie zur Preisverleihung durch einen leeren Stuhl.

„Ich habe keine Feinde, ich kenne keinen Hass“, lautet eines der bekanntesten Zitate des als sanftmütig beschriebenen Menschenrechtlers. Es entstammt seiner letzten Verteidigungsrede vor der Urteilsverkündung gegen ihn im Dezember 2009. Der promovierte Literaturwissenschaftler Liu hat auch Gedichte verfasst. In einem von ihnen heißt es: „Schweig / das ist die einzige Eigenschaft des Heiligen / der Stein geht durch die Zerstörung und schweigt / der Himmel schaut herab und schweigt / die Erde begräbt und schweigt / Gedichte, Glaube, Logik / der redegewandte Mensch ist Vergeudung / an die Sprache heißt glauben an Judas' Versprechen“ („Für den heiligen Augustinus“, 26. Dezember 1996).

Barbara Hoster

**Quellen** (2017): *AsiaNews* 20.07.; *South China Morning Post* 26.06.; UCAN 19.07.; *Xinhua* 15.07.; Liu Xiaobo, *Ich habe keine Feinde, ich kenne keinen Hass. Ausgewählte Schriften und Gedichte*, herausgegeben von Tianchi Martin-Liao und Liu Xia (Frankfurt 2013), Zitat S. 329.

## Konferenzen

### Tagung chinesischer Nachwuchswissenschaftler in der Missionsakademie Hamburg

Zum zweiten Mal versammelten sich vom 14. bis 16. Juli 2017 ca. 30 vorwiegend chinesische Studierende, DoktorandInnen und Nachwuchswissenschaftler zu einer Tagung in der Missionsakademie Hamburg. Sie folgten damit der Einladung von Studienleiter Dr. Liu Ruomin, sich über ihre Forschungsarbeiten in Europa im Themenspektrum Theo-

logie und Religionswissenschaften auszutauschen. Die Tagung wurde finanziell von Brot für die Welt unterstützt. Inhaltlich gab es folgende Blöcke:

#### Bibel

Zum Auftakt hielt der theologische Grundsatzreferent bei Brot für die Welt, Dr. Dietrich Werner, ein biblisch fundiertes Plädoyer für diakonisches Handeln als Geschöpfe Gottes in „response-ability“. Huang Jixin, Dozent am Union Theological Seminary Guangzhou, interpretierte gegenwärtige

Ängste vor Terrorismus, IS und atomarer Bedrohung im Licht der Offenbarung. Am Beispiel von Apg 28,26-27 erläuterte die Doktorandin Jing Minhua die zunehmende Relevanz von Studien zum Neuen Testament in China. Rao Xinzi, Doktorandin der Religionswissenschaft, stellte den Umgang chinesischer christlicher Gemeinden in Deutschland mit neuen Medien vor, z.B. der Bibel als Handy-App.

### Geschichte

Christliches Zeugnis in der Tradition von Watchman Nee und den Wurzeln der Local Church (Difang jiaohui 地方教会, auch Little Flock – Xiaoqun 小群) in China erläuterte der Autor und Missionar Zheng Yan. Einen Überblick über die Forschungslandschaft zur pfingstlerischen Wahre-Jesus-Kirche (Zhen Yesu jiaohui 真耶稣教会) gab Wei Zhu'en, Doktorand in der Disziplin Altes Testament. Isabel Hess-Friemann stellte die anglikanisch geprägten Bischöfe Shen Zigao und Shen Yifan, Vater und Sohn, mit ihrem Beitrag zur Inkulturation des Christentums in China vor. Chen Sijin aus Taiwan beschrieb die von Südkorea ausgehende Missionsdynamik.

### Gemeindearbeit

Als katholische Ordensschwester und Sozialarbeiterin legte Zhao Yujing die Versuchungen von Fernsehen, Internet und Handy-Spielen für chinesische Jugendliche dar. Neben ihren musikalischen Beiträgen auf der chinesischen Zither berichtete Jianzhen Kiel vom Engagement einer Kantoner

Gemeinde in einem Drogenentzugs-Projekt. Lu Guoxia veranschaulichte anhand von Bild- und Videomaterial das vielfältig lebendige Gemeindeleben und ökumenische Diakonie in Changchun.

### Philosophie

Dr. Kang Xi, katholischer Priester in München, lud zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem Begriff Wahrheit und Gottesbild ein. Die Doktorandin Wang Mujie vertiefte sich in den kosmologischen Beweis der Existenz Gottes bei Kant. Der Bonner Wissenschaftler Ding Ruizhong gab einen Einblick in die Welt katholischer Konvertiten in der späten Ming-Zeit und die von ihnen gegründete Humanitäre Gesellschaft (Renhui 仁会).

Isabel Hess-Friemann

## Sommerakademie zur christlichen Soziallehre für chinesische Theologen in Siegburg

Vom 14.–25. August 2017 fand im Katholisch-Sozialen Institut (KSI) der Erzdiözese Köln auf dem Michaelsberg in Siegburg die „II. Sommerakademie für Theologen, Ordensfrauen und Laien aus China. Christliche Soziallehre in Theorie und Praxis“ statt. Veranstalter waren das China-Zentrum in Sankt Augustin in Kooperation mit dem KSI und dem Verbiest Institute in Leuven. An dem Kurs nahmen



Teilnehmer der Sommerakademie im KSI auf dem Michaelsberg in Siegburg. Foto: Archiv China-Zentrum.

über 50 chinesische Schwestern, Priester, Seminaristen und Laien teil, die in verschiedenen europäischen Ländern bzw. den USA studieren oder direkt aus China angereist waren. Das Programm förderte eine Verbindung zwischen Theorie und Praxis und bot Anregungen mit Blick auf die künftige Tätigkeit der Teilnehmenden in China.

Deutsche und chinesische Referentinnen und Referenten führten in die verschiedenen gesellschaftlichen Gegebenheiten ein und zeigten auf, was es für die christliche Soziallehre bedeutet, sich ständig mit aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen auseinanderzusetzen, ohne dabei ihre traditionellen grundlegenden Ideen aufzugeben. So umfasste das Themenspektrum u.a. Beiträge wie Europa und seine Entwicklung; Solidarität und Subsidiarität; soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftsethik; Familienethik; Verantwortung für die Schöpfung; Mikrofinanzierung als Hilfe zur Selbsthilfe; ethische Geldanlagen. Verschiedene Vertreter aus China berichteten über ihr soziales Engagement im kirchlichen Umfeld vor Ort mit Menschen mit Behinderung, Benachteiligten in den Städten, Kindern und Jugendlichen wie auch Minderheiten in ländlichen Regionen. Es gab zudem Besuche bei verschiedenen Einrichtungen, die Einblick in die Praxis gaben, so beim Don-Bosco-Haus in Siegburg zu den Themen „Resozialisierung von Haftentlassenen“ und „Wohnungslosenhilfe“. Das Programm wurde abgerundet durch Gespräche mit Vertretern von katholischen Hilfswerken, die konkrete Möglichkeiten der Projektunterstützung in China vorstellten, einem Besuch bei der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn sowie dem China-Zentrum und dem Institut Monumenta Serica in Sankt Augustin. Ein Höhepunkt stellte der Besuch einer Sonntagsmesse im Kölner Dom dar, bei der die 25 teilnehmenden Priester konzelebrieren durften.

Finanziell unterstützt wurde die Sommerakademie von Misereor, Missio Aachen, dem Päpstlichen Missionswerk der Kinder, der Pax-Bank-Stiftung, den Erzdiözesen Köln, München-Freising und Paderborn sowie dem Verband der Diözesen Deutschlands.

Katharina Feith

## Religionen in China – Vorträge auf dem Deutschen Orientalistentag 2017

Vom 18.–21. September fand an der Friedrich-Schiller-Universität Jena der 33. Deutsche Orientalistentag statt. Unter den rund 950 Vorträgen in 21 Sektionen gab es zwei Panels, die sich mit den Religionen in China befassten.

### Panel „Islam and Muslims in China and Japan“

Das fachübergreifende Panel wurde von Alexander Jost (Peking University, European Centre for Chinese Studies) initiiert und geleitet. Dort wurden folgende Vorträge gehalten:

Markus Fiebig (FU Berlin) referierte über „Scripture Hall Language: The Lifeblood of Mosque Education in China“. In der Tradition der *jingtang jiaoyu* 經堂教育 (wörtlich „Schriftallenerziehung“) der chinesischen Muslime, die sich im 16. Jh. herausbildete und bis heute in vielen Teilen Chinas eine wichtige Form der Moscheerziehung darstellt, entwickelte sich eine Spezialsprache, die *jingtangyu* 經堂語. Es handelt sich dabei um eine Sprachform, die zum mündlichen Übersetzen des Koran und anderer religiöser Texte ins Chinesische benutzt wird. Sie ist von lokalen Dialekten beeinflusst und mit Wortschatz aus dem Arabischen, Persischen und klassischen Chinesisch durchsetzt. Am konkreten Textbeispiel einer Koransure stellte Fiebig die Funktionsweise dieser Sprache vor.

In ihrem Vortrag über „Chinese Muslims and the Imperial Examination System“ präsentierten Yang Daye (Beijing Union University) und Alexander Jost das von Yang initiierte Forschungsprojekt zur Identifizierung von chinesischen Muslimen (Hui), die den akademischen Grad eines *jinshi* 進士 erworben hatten. Dieser höchste Grad im kaiserlichen Prüfungssystem war Voraussetzung für eine erfolgreiche Beamtenkarriere und hohen gesellschaftlichen Status. Rund 330 muslimische *jinshi* der Ming- und Qing-Zeit konnten ermittelt werden, wobei auf „Indizienbeweise“ zurückgegriffen werden musste, weil in den offiziellen Verzeichnissen Religion bzw. Ethnie der *jinshi* nicht angegeben wurde.

Florian Sobieroj (Universität Jena) stellte in seinem Vortrag über die „Geistliche Praxis des chinesischen Ġahriya-Sufiordens“ drei hagiographische Werke dieses Sufiordens vor. Viele der darin enthaltenen Geschichten über den Pfadgründer Ma Mingxin 馬明心 Wiqāyatullāh (gest. 1781) und seine Nachfolger behandeln die kontemplative Disziplin, deren Befolgung für die Ordensmitglieder verpflichtend war.

„Japan, China, Islam and Jihad: The Sino-Japanese War 1937–1945 in Middle Eastern Writings“ war das Thema des Vortrags von Ulrich Brandenburg (Universität Zürich). Er berichtete über pro-chinesische und pro-japanische Schriften, die während des Kriegs größtenteils von chinesischen muslimischen Studenten an der al-Azhar Universität in Kairo, aber auch von muslimischen Unterstützern Japans geschrieben wurden. Sie stellten den Versuch dar, einen Konflikt zwischen überwiegend nicht-muslimischen Mächten für eine nahöstliche Leserschaft teilweise zu islamisieren, wobei in den Texten die Begriffe „heiliger Krieg“ und „internationale Gerechtigkeit“ miteinander vermischt wurden.

### Panel „Religionsgemeinschaften, Gesellschaft und Staat in China“

Dieses Panel in der Sektion Sinologie, das von Barbara Hoster (Institut Monumenta Serica [IMS], Sankt Augustin) und Wang Xiaoxuan (Max-Planck-Institut [MPI] zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften,



Göttingen) organisiert und von Katharina Wenzel-Teuber (China-Zentrum, Sankt Augustin) moderiert wurde, war dem Christentum, dem Buddhismus, dem Daoismus und allgemeinen religionspolitischen Fragen gewidmet.

In ihrem Vortrag „Konversionen zum Christentum in Selbstzeugnissen chinesischer Intellektueller der Republikzeit“ ging Barbara Hoster (IMS) der Frage nach, wie chinesische Konvertiten trotz des negativen Images, das dem Christentum in dieser Zeit anhaftete, eine chinesisch-christliche Identität herausbilden konnten. Sie untersuchte dazu die autobiographischen Schriften von vier bekannten Persönlichkeiten, der protestantischen Frauenrechtlerin und Pädagogin Zeng Baosun 曾寶蓀 (1893–1978), der katholischen Schriftstellerin und Literaturwissenschaftlerin Su Xuelin 蘇雪林 (1897–1999), des protestantischen Sprachwissenschaftlers und Schriftstellers Lin Yutang 林語堂 (1895–1976) und des katholischen Rechtsgelehrten, Diplomaten und Schriftstellers Wu Jingxiong 吳經熊 (John C.H. Wu, 1899–1986). Alle vier Fallbeispiele zeigen, dass die Konvertiten die eigene kulturelle und religiöse Identität mit Bezug auf das Christentum eingehend reflektierten und eine Synthese von christlichen Glaubensinhalten und chinesischen Wertvorstellungen anstrebten. Sie kritisierten die mangelnde Inkulturation des Christentums in China, insbesondere im Bildungswesen, und forderten eine stärkere Sinisierung. Dazu trugen sie auch selbst bei – Su Xuelin und Wu Jingxiong durch Übersetzungen christlicher Schriften ins Chinesische und Zeng Baosun durch Gründung einer christlichen Mädchenschule in privater Trägerschaft.

Mit dem offiziellen Gedenken an christliche Missionare im heutigen China befasste sich Liu Jifeng (MPI, Göttingen, in Kooperation mit seinem Kollegen Chris White). Sein Vortrag „Consuming Memories of Missionaries: Eric Liddell and Evolving Interpretations of Christian History in Contemporary China“ zeigte an einem Fallbeispiel, wie die chinesische Regierung auf lokaler Ebene in neuerer Zeit das Vermächtnis einzelner missionarischer Persönlichkeiten ehrt und für unterschiedliche Zwecke, z.B. für die touristische und wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Region, instrumentalisiert – und dies, obwohl in der offiziellen Historiographie weiterhin eine negative Sicht der christlichen Mission vorherrscht, der ihre Verbindung zum westlichen Imperialismus vorgeworfen wird. So wird der schottische protestantische Missionar und Olympiasieger Eric Liddell (1902–1945), der während des chinesisch-japanischen Krieges in einem Internierungslager in Weifang, Shandong, starb, in einer ganzen Reihe von chinesischen Biographien und mit offiziellen Gedenktafeln an seinen Wirkungsstätten als Lehrer, Sportler und Freund der Chinesen geehrt.

Kang Jie, ebenfalls Forscherin am MPI in Göttingen, untersuchte in ihrem Vortrag „The Rise of Calvinism among Christians in China“ am Beispiel der Entwicklung einer Pekinger Hauskirche, der „Beijing Gospel Church“, wie sich der Calvinismus als neue Denomination innerhalb des

chinesischen Protestantismus etabliert. Diese durch koreanische Missionare wie Stephen Tong Tjong Eng in China verbreitete Strömung zeichnet sich laut Kang Jie vor allem dadurch aus, dass sie prinzipiell regierungsfreundlich eingestellt ist, sich für die Bekehrung von Muslimen, insbesondere der Hui in Xinjiang und Ningxia, engagiert und ihre Anhänger vornehmlich aus nicht-intellektuellen Kreisen stammen.

Johanna Lüdde (FU Berlin) gab in ihrem Vortrag „Die Beteiligung der buddhistischen Nonnen am buddhistischen Entwicklungsdiskurs in der gegenwärtigen Volksrepublik China“ Einblicke in ihre mehrjährige Feldforschung über das Selbstverständnis buddhistischer Nonnen in zwei zentralchinesischen Klöstern. Insbesondere ging es um die Frage, wie sich die befragten Nonnen hinsichtlich der aktuellen Orientierung des Buddhismus – gesellschaftliches Engagement contra Weltflucht und Traditionsbewahrung – positionieren und welches Rollenbild im buddhistischen Geschlechterdiskurs sie adaptieren. Die Äbtissinnen der beiden von Johann Lüdde untersuchten Klöster verfolgen ganz unterschiedliche Strategien, um ihren gesellschaftlichen Einfluss auszudehnen: die eine durch strikte Observanz der monastischen Regeln und durch Betonung der Ausbildung von Nonnen und Laien, die andere durch Kooperation mit der Regierung und Verwirklichung sozialer Projekte, u.a. zum Schutz von Frauen.

Wang Xiaoxuan (MPI, Göttingen) stellte in seinem Vortrag „The Religious Property Question in Contemporary China“ die These auf, dass sich derzeit ein Wandel in der chinesischen Religionspolitik vollziehe, die jetzt als Teil der sozialen Ordnungspolitik (*social governance*) angesehen werde. Dies versuchte er anhand der Frage des religiösen Eigentums zu belegen: In der gegenwärtigen Kampagne zur urbanen Erneuerung in der Provinz Zhejiang werden u.a. illegal errichtete Tempel und Kirchen zerstört. Wang erwartet für die Zukunft eine stärkere Standardisierung der Religionspolitik. Damit versuche man seitens der Regierung, die Grauzonen in der Religionspolitik zu beseitigen.

Das abschließende Paper des Panels befasste sich mit dem Daoismus. Jacopo Scarin (Chinese University of Hong Kong) untersuchte in seinem Vortrag „The Religious and Political Themes in the Scriptures of the Three Sages from Min Yide’s *Collection of the Ancient Hidden Pavilion of Books* (*Gu shuyinlou cangshu* 古書隱樓藏書)“ den Beitrag des Daoismus zum religiösen Diskurs im China der späten Kaiserzeit anhand einer Ende des 19. Jahrhunderts in Südchina kompilierten Sammlung daoistischer Texte. Im Mittelpunkt stand der erste Text dieser Anthologie, „Lü zu Sanni yishi shuoshu“ 呂祖三尼醫世說述 (Account on the Transmission of the Universal Salvation of the Three Sages by the Patriarch Lü), in der ein kosmologisches Modell zugrunde gelegt wird, das die daoistische Praxis der Selbstkultivierung mit buddhistischen Techniken und Überlegungen zur Rettung der Welt mittels konfuzianischer Ethik verbindet.

Die beiden Panels auf dem Deutschen Orientalistentag machten deutlich, dass das Thema der Religionen in China interdisziplinär und zeitübergreifend Stoff für viele spannende Forschungsprojekte bietet.

Barbara Hoster und Katharina Wenzel-Teuber

## In memoriam

### Françoise Aubin 17. Februar 1932 – 10. Juli 2017

Mit dem Tod von Françoise Aubin am 10. Juli dieses Jahres verloren die Ostasienwissenschaften eine bedeutende Mongolistin und Sinologin. Ihr leidenschaftlicher Forscherdrang drückte sich in der Breite ihrer Interessensgebiete aus, zu denen u.a. die Geschichte der Mongolei, vor allem die Rechtsgeschichte, die Geschichte der Nomadenvölker sowie die Missionsgeschichte Ostasiens und der Islam in China gehörten. Dank ihrer Vielsprachigkeit konnte sie nicht nur die meisten ostasiatischen Primärquellen in der jeweiligen Originalsprache lesen, sondern auch mühelos die westliche Sekundärliteratur rezipieren. Sie gab ihr enormes Wissen großzügig und gerne weiter, so dass sie insbesondere in Frankreich viele Schüler hatte.

Françoise Aubin wurde 1932 in Paris in eine gebildete Familie geboren – ihr Vater war Musiker – und wuchs in materiell bescheidenen Verhältnissen auf. Ihren ersten akademischen Abschluss erwarb sie Anfang der 1950er Jahre an der École Nationale des Langues Orientales Vivantes in Paris für Russisch, Japanisch und Chinesisch. Ihre hervorragenden Kenntnisse des Mongolischen eignete sie sich bei Louis Hambis an der Sorbonne in Paris und bei den ungarischen Mongolisten Louis Ligeti, György Kara und András Róna-Tas in Budapest an. Ihre Dissertation „Les Soulèvements populaires en Chine du Nord entre 1214 et 1230“ (1965), in der sie sich mit den Auswirkungen der mongolischen Herrschaft auf die ländliche chinesische Gesellschaft befasste, wurde an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität von Paris mit einem Preis ausgezeichnet. Im Rahmen eines Austauschprogramms zwischen dem französischen Centre nationale de la recherche scientifique (CNRS) und der Mongolischen Akademie der Wissenschaften führte Françoise Aubin 1966 und 1967 Feldforschungen in der Mongolei zu ethnologischen und soziologischen Themen durch. Die Studien, die daraus hervorgingen, z.B. ein Artikel über das Kind in der mongolischen Gesellschaft („Le statut de l'enfant dans la société mongole“, 1975) gehören zu den grundlegenden Arbeiten ihres Faches.

Leider hinderte sie eine chronische Erkrankung, die sie nach der Rückkehr aus der Mongolei ereilte, an weiterer Feldforschung und schränkte sie in ihrer Mobilität stark ein. Sie konzentrierte sich daher mehr auf die Erfor-



Françoise Aubin bei einem Besuch im Institut Monumenta Serica, Mai 2013. Foto: Barbara Hoster.

schung schriftlicher Quellen und erschloss sich auf diese Weise neue Forschungsfelder. So arbeitete sie intensiv in den Archiven der katholischen Scheutvelder Missionare (C.I.C.M.), einer vor allem in der Mongolei tätigen flämischen Kongregation, die einige bedeutende Mongolisten hervorgebracht hat. Über dieses neue Interessensgebiet, die Missionsgeschichte Ostasiens, kam sie zur Erforschung des chinesischen Islams und zwar durch ihren Artikel über die protestantische Mission unter chinesischen Muslimen („L'apostolat protestant en milieu musulman chinois“, 1983, erschienen 1991). Françoise Aubin war fortan von dieser Religion fasziniert und trug mit ihren folgenden Arbeiten auf diesem Gebiet entscheidend dazu bei, die Beschäftigung mit dem chinesischen Islam als eigenständige Forschungsrichtung innerhalb der Sinologie zu etablieren. Als gefragte Expertin referierte sie darüber an führenden Universitäten, darunter an der Harvard University. Auch in der deutschsprachigen Sinologie war sie auf diesem Gebiet anerkannt: die Artikel über den Islam in dem Standardnachschlagewerk *China Handbuch* (herausgegeben von Wolfgang Franke und Brunhild Staiger, 1974) und in der Folgepublikation *Das große China-Lexikon* (herausgegeben von Brunhild Staiger u.a., 2003) stammen beide aus ihrer Feder.

Françoise Aubin bekleidete verschiedene Positionen in der französischen Forschungseinrichtung CNRS, zuletzt die einer Professorin emerita von 1997 bis 2006. Ebenfalls war sie mit dem angesehenen Centre d'études et de recherches internationales (CERI) assoziiert. Im Rahmen ihrer Forschung nahm sie an vielen internationalen Fachkonferenzen teil.

Françoise Aubins langjährige und fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Institut Monumenta Serica in Sankt Augustin begann 1983 mit der Anfrage von P. Wilhelm K. Müller SVD, dem damaligen Chefredakteur der Zeitschrift *Monumenta Serica*, an sie, einen Nachruf auf den bedeutenden Mongolisten Henri Serruys C.I.C.M. (1911–1983) zu verfassen. Sie kam dem enthusiastisch und gründlich

nach, mit einer ausführlichen Bio-Bibliographie, die in Band 36 (1984–1985) der Zeitschrift publiziert wurde. Es folgten weitere Beiträge in den Publikationen des Instituts, vor allem zahlreiche Buchrezensionen für *Monumenta Serica*. Für das von P. Roman Malek SVD, dem langjährigen Direktor und Chefredakteur, herausgegebene Buchprojekt *The Chinese Face of Jesus Christ* steuerte sie den Artikel „Jesus in the Confrontation between Islam and Christianity Transposed into China“ bei (erschieden 2005 in Band 3a). Eine ihrer vermutlich letzten zu Lebzeiten veröffentlichten Schriften ist ihr Beitrag zu der im März 2017 vom Institut Monumenta Serica publizierten Festschrift *Rooted in Hope. China – Religion – Christianity* für P. Malek, mit dem Titel „Islam and Confucianism. An Offering to Fr. Malek“. Der nur zwölf Seiten lange Artikel über die *Han kitāb*, Werke über den Islam in chinesischer Sprache, die von chinesischen Muslimen wie z.B. Wang Daiyu im Stil der Neokonfuzianer verfasst wurden, zeigt eindrucksvoll, dass Françoise Aubin ihr Fachgebiet souverän beherrschte und in konzentrierter und luzider Form zu präsentieren vermochte.

Es war generell kennzeichnend für ihr wissenschaftliches Schaffen, dass sie nur selten monographische Werke veröffentlichte, sondern meistens längere, aber oft grundlegende Artikel. Ihr umfangreiches Wissen in den ostasiatischen Kulturen erwarb sie sich auch durch die gründliche und umfassende Rezeption der Arbeiten von Fachkollegen, eine Lektüre, die sich in ihren weit über tausend publizierten Buchbesprechungen niederschlug. Außerdem betätigte sie sich als Herausgeberin der Werke anderer Wissenschaftler, z.B. der Arbeiten des ungarisch-französischen Sinologen István/Étienne Balazs zur Song-Zeit (*Études Song in memoriam Etienne Balazs, 1970–1980*), der gesammelten Artikel des bereits erwähnten Mongolisten Henri Serruys (*The Mongols in Ming China: Customs and History, 1987*) und der nachgelassenen Werke ihres Mannes, des Historikers Jean Aubin (1927–1998).

Françoise Aubins langjährige Beziehung zum Institut Monumenta Serica schlug sich nicht nur in ihren wissenschaftlichen Beiträgen sowie in einer ausgedehnten Korrespondenz mit den Herausgebern, der Redaktion und dem Bibliothekar nieder, sondern auch in ihren fast jährlichen Besuchen in Sankt Augustin, die im November 1988 begannen und sich bis 2014 fortsetzten. Während ihrer Aufenthalte im Institut, von ihr einmal scherzhaft als „paradis Monumentien Séricéen“ bezeichnet, bewältigte sie die

akribische Durchsicht enormer Stapel von neueingegangenen Zeitschriften und Monographien in der Bibliothek des IMS sowie auch der benachbarten wissenschaftlichen Einrichtungen, des Anthropos Instituts und Missionswissenschaftlichen Instituts. Während der langen Stunden des Exzerpierens und Kopierens, die sie in unserem Lese-raum verbrachte, fand sie immer Zeit für ein anregendes Gespräch, für fachliche Auskünfte und geistreiche Wortwechsel – wahlweise auf Englisch, Russisch, Französisch oder Chinesisch. Erst in den letzten zweieinhalb Jahren vor ihrem Tod war es ihr gesundheitlich nicht mehr möglich, die weite Autofahrt von ihrem Wohnort Jumelles im ländlichen Anjou bis ins Rheinland auf sich zu nehmen.

Aufgrund dieser intensiven persönlichen und fachlichen Verbindung zu Françoise Aubin war es für das Institut Monumenta Serica eine Ehrensache, auf Bitten der französischen Herausgeber eine Festschrift zu ihrem 75. Geburtstag publizieren. Sie erschien im Jahr 2010 unter dem Titel *Miscellanea Asiatica. Mélanges en l'honneur de / Festschrift in Honour of Françoise Aubin* in der Buchreihe Monumenta Serica Monograph Series und enthält eine Bibliographie der Schriften von Françoise Aubin bis einschließlich 2009. Mit den Teilen „Des animaux et des hommes“, „L'Islam en Asie centrale et orientale“, „Études mongoles: droit, société et culture“, „La Chine et ses autres“ und „Visions européennes de l'Asie orientale“ veranschaulicht der umfangreiche Band (811 S.) eindrucksvoll die vielfältigen Interessensgebiete und die große Schüler- und Kollegenschar der Geehrten.

Wenige Monate vor ihrem Tod, am 18. Februar 2017, dem Tag nach ihrem 85. Geburtstag, wurde Françoise Aubin noch eine besondere Ehrung zuteil: Sie erhielt die höchste mongolische Auszeichnung, den Orden des Polarsterns (Altan gadas) für ihre Verdienste um die Erforschung des mongolischen Volkes. Er wurde ihr in ihrem Haus in Jumelles vom mongolischen Botschafter in Frankreich persönlich verliehen.

Die Verstorbene war eine beeindruckende Persönlichkeit: eine passionierte Wissenschaftlerin, die ein breitgefächertes und inspirierendes Werk hinterlässt; eine couragierte Frau, die erfolgreich eine eigene akademische Laufbahn verfolgte, aber auch zwei Kinder großzog und sich einer Schar von Haustieren, darunter einem Reitpferd, widmete; ein auch im Alter und trotz zunehmender Gebrechen im Herzen jung gebliebener Mensch voller Esprit und Elan. Wir werden sie vermissen. R.I.P.

Barbara Hoster

## Chronik zu Religion und Kirche in China 12. Juni bis 5. Oktober 2017

Die „Chronik zu Religion und Kirche in China“ erscheint seit Anfang 2010 regelmäßig in den Informationen von China heute. Da manche Nachrichten (der Redaktion) erst später bekannt werden, kann es zu Überschneidungen zwischen den Chroniken kommen, wobei jeweils in der vorangegangenen Nummer bereits erwähnte Ereignisse nicht noch einmal aufgeführt werden. Alle Chroniken finden sich auch online auf der Website des China-Zentrums ([www.china-zentrum.de](http://www.china-zentrum.de)). – Der Berichtszeitraum der letzten Chronik (2017, Nr. 2, S. 75-83) reichte bis einschließlich 7. Juli 2017.

### Allgemeines – Politik, Menschenrechte

13. Juli 2017:

#### **Tod des chinesischen Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo**

Der chinesische Dissident und Friedensnobelpreisträger verstarb im Alter von 61 Jahren in einem Krankenhaus in Shenyang an den Folgen seiner Krebserkrankung. Bis zu seinem Tod verbüßte Liu Xiaobo wegen seiner systemkritischen Schriften eine langjährige Haftstrafe, die am 25. Dezember 2009 gegen ihn verhängt worden war und die 2020 ausgelaufen wäre. Wegen seiner Mitautorschaft an der „Charta 08“ wurde ihm die „Untergraber der Staatsgewalt“ zur Last gelegt. Im Oktober 2010 hatte ihm das norwegische Nobelpreiskomitee in Würdigung seines „langen und gewaltlosen Kampfes für fundamentale Menschenrechte in China“ den Friedensnobelpreis zugesprochen (siehe den Beitrag in den Informationen).

18. August 2017

#### **Cambridge University Press (CUP) entfernt nach Anfrage aus China 315 Artikel der Zeitschrift *The China Quarterly* von ihrer Festland-Website**

Tim Pringle von *The China Quarterly*, die von der CUP verlegt wird, sagte laut *South China Morning Post*, die Zensoren in Festlandchina wollten wohl „Ein Huhn töten, um die Affen zu verängstigen“. Viele der entfernten Artikel hatten sich mit kontroversen Ereignissen des modernen China (die große Hungersnot 1959–1961; Kulturrevolution; Tian’anmen-Zwischenfall 1989) befasst und auch Sichtweisen wiedergegeben, die konträr zu denen Chinas sind. Pringle sprach davon, dass die chinesische Regierung kein Interesse daran habe, ihre Ansichten in Frage ge-

stellt zu sehen, und eine neue Diskussion zu diesen Themen in China vermeiden wolle. Neben Artikeln, die sich mit der modernen Geschichte des Festlands befassen, betraf die Aktion auch Artikel über Hongkong und Taiwan, zum Beispiel einen Artikel über bürgerliche Identität in Hongkong nach der Rückgabe an China. – In der Ankündigung der CUP vom 18. August, Inhalte von *The China Quarterly* auf ihrer Online-Plattform in Festlandchina zu sperren, hieß es, dass aus China immer mehr Anfragen an sie und andere Herausgeber kämen, bestimmte Inhalte zu entfernen. Es wurde später bekannt, dass die Zeitschrift *Journal of Asian Studies*, die auch von der CUP verlegt wird, ebenfalls aufgefordert wurde, bestimmte Inhalte zu sensiblen Themen in China zu entfernen, was abgelehnt wurde. In einem Folgestatement der CUP vom 21. August schrieb man, dass man die Artikel von *The China Quarterly* nur temporär blockiert habe, um Bedenkzeit zu haben. Man denke nach wie vor nicht über eine Änderung der Publikationsrichtlinien nach. „Akademische Freiheit ist das übergeordnete Prinzip, auf dem die University of Cambridge gründet“, so die CUP, und man habe daher die temporäre Blockierung des Zugangs zu den besagten 315 Artikel wieder aufgehoben (*South China Morning Post* 19.,22.08.; CUP Information for the Media 18.,21.08.).

26. September 2017:

#### **86. Generalversammlung von Interpol in Beijing**

Präsident Xi Jinping sagte bei der Eröffnungsveranstaltung, dass China mit den Regierungen und den Polizeiorganen aller Länder und internationalen Organisationen zusammenarbeiten möchte, „um das Banner der Kooperation, der Innovation, der Rechtstaatlichkeit und des beidseitigen Nutzens hoch zu halten und die Zusammenarbeit in Polizei- und Sicherheitsfragen noch weiter zu verstärken“. – MERICS und das International Institute for Strategic Studies (IISS) bestätigen, dass die Aktivität Chinas im globalen Sicherheitssektor deutlich zunimmt. Es gehe hierbei um eine umfassende Strategie, China in Sicherheitsfragen zum Global Player zu machen; dies hänge auch mit wirtschaftlichen Interessen, zum Beispiel im Mittleren Osten, zusammen. Meng Hongwei, Chinas stellvertretender Minister für öffentliche Sicherheit, ist derzeit Präsident von Interpol. Für *Xinhua* (27.09.) ist die chinesische Mitarbeit bei

Interpol ein großer Erfolg. *Xinhua* zitiert Tim Morris von Interpol, dass China einen herausragenden Beitrag leiste. Gerade auf der Ebene der Verbrecherfahndung trüge China große Datenmengen bei, es habe dadurch auch Zugang zu den insgesamt 17 Datenbanken dieser Organisation von 190 Ländern. Human Rights Watch weist aber darauf hin, dass diese größere Vernetzung Chinas mit Interpol zu einer möglichen willkürlichen Ausnutzung Chinas von Interpol-Mechanismen für die Aufspürung und Auslieferung von politischen Widersachern führen könnte. Die *South China Morning Post* berichtete in diesem Zusammenhang, dass China immer mehr von den sogenannten „Red Notices“, einer Form von internationalem Haftbefehl, Gebrauch machen würde (*China Global Security Tracker* 4.10.; *Xinhua* 11.,26.,27.09.; 8.10.; *Renmin ribao* 27.09.; *South China Morning Post* 25.09.; MERICS-Studie „China in der internationalen Polizei- und Justizzusammenarbeit“ 14.09.).

### Religionspolitik

5. Juli und 9. Oktober 2017:

#### **Hochrangige Kader unter anderem wegen „abergläubischer Aktivitäten“ aus Partei ausgeschlossen**

Wang Yingcheng, ehemals Präsident der People’s Insurance Group of China Ltd., einer der größten staatlichen Versicherungsfirmen, wurde wegen Verstößen gegen die Parteidisziplin und Korruption aus der Partei ausgeschlossen und seiner Ämter enthoben, wie die Zentrale Kommission für Disziplin-Inspektion (ZKDI) der KPCh am 5. Juli bekanntgab. Laut ZKDI hatte Wang seinen Glauben an den Kommunismus verloren und abergläubische Aktivitäten praktiziert. – Am 9. Oktober gab die ZKDI den Parteiausschluss von He Ting, ehemals Polizeichef von Chongqing, bekannt. Auch ihm wurde neben Verschwendung und Machtmissbrauch das Praktizieren abergläubischer Aktivitäten vorgeworfen. Es gab bereits eine Reihe von Parteiausschlüssen unter diesem Vorwurf im Rahmen von Xi Jinpings Anti-Korruptions-Kampagne ([chinadaily.com.cn](http://chinadaily.com.cn) 10.10.; *South China Morning Post* 9.10.; *Xinhua* 5.07.; 8.10.).

15. Juli 2017:

#### **Wang Zuo’an in Parteizeitschrift *Qjushi* über „Religionsarbeit“ – Parteimitglieder dürfen nicht an Religion glauben**

Der Beitrag von Wang Zuo’an, Direktor des Büros für religiöse Angelegenheiten, zum

Thema „Um die Religionsarbeit gut durchzuführen, muss man die Politik betonen“, richtet sich an die Religionsbehörden auf allen Ebenen und ihre Mitarbeiter. Er ermahnt sie, sich in ihrer Arbeit an die politischen Richtlinien zu halten. Die Massen der dort arbeitenden Kader müssen laut Wang über ein festes politisches Bewusstsein verfügen, das mit dem des ZK der Partei eng übereinstimmt. In wichtigen religionspolitischen Fragen und Entscheidungen von großer Tragweite sollen sie dem ZK berichten, aber nicht selbst willkürlich entscheiden oder ihre Meinung öffentlich kundtun. Zwar müssten sie die Politik der zentralen Führung je nach Ortslage kreativ umsetzen, doch dürften sie nicht unter dem Vorwand des speziellen lokalen Kontexts einfach machen, was sie wollen. Zu hoher Wachsamkeit mahnt Wang angesichts des Umstands, dass in den letzten Jahren unter den disziplinarisch und gesetzlich bestraften hochrangigen Kadern solche seien, „die nicht an Marx und Lenin, sondern an eine Religion glauben“. Parteimitglieder und -kader müssen laut Wang nicht nur selbst am marxistischen Atheismus festhalten, sondern diesen auch propagieren, besonders gegenüber der Jugend. – Su Wei, Professor an der Parteischule in Chongqing, sagte der parteinahen *Global Times*, dass das Verbot des religiösen Glaubens für Parteimitglieder von Dauer sein, [seine Durchsetzung] im Autonomen Gebiet Ningxia der Hui, im Autonomen Gebiet Xinjiang der Uiguren und im Autonomen Gebiet Tibet jedoch möglicherweise mehr Arbeit erfordern werde (globaltimes.cn 18.07.; *Qiushi* 15.07. nach www.sara.gov.cn/old/ldxx/wza/ldjh/398923.htm und BBC Monitoring).

26. Juli 2017:

### **Xinhua: Polizei in der Provinz Zhejiang verhaftet 18 Mitglieder der „Kirche des Allmächtigen Gottes“**

Der *Xinhua*-Meldung zufolge sagte der zuständige Polizeichef im Kreis Changxing, die meisten Festgenommenen hätten Anzeichen von Depression aufgewiesen. Zudem hätten die Kultführer spirituelle Kontrolle über sie ausgeübt und sie dazu gebracht, hohe Summen von 10.000 Yuan und mehr zu spenden. Acht der Verdächtigen seien inzwischen „umerzogen“ worden und hätten ihrem Kultglauben abgeschworen, so der Bericht (*Xinhua* 26.07.). – Die in den 1990er Jahren gegründete „Kirche des Allmächtigen Gottes“ (auch bekannt als „Lehre vom Östlichen Blitz“) verkündet den Zweiten Christus, eine Wiedergeburt Christi in Gestalt einer chinesischen Frau. Sie wirbt seit Jahren vor allem in christlichen Gemeinden Gläubige ab. Seit

se Ende 2012 in ganz China mit Weltuntergangsprophetisierungen auftrat und nach einem Mord in einer McDonald's-Filiale in Shandong im Mai 2014 gehen die Behörden massiv gegen die Lehre vor.

3. August 2017:

### **Epoch Times: Falun Gong-Anhänger werden häufiger ohne Anklage freigelassen**

Die Falun Gong nahestehende Zeitung schrieb unter Berufung auf die Falun Gong-Website Minghui, dass seit Anfang 2017 mindestens 54 Falun Gong-Anhänger ohne Anklage freigelassen worden seien, nachdem das jeweilige Gericht, der Staatsanwalt oder die Polizei die Einstellung des Falls beschlossen hätten. *Epoch Times* führte dies auf Sympathien für Falun Gong bei lokalen Behörden zurück. Dennoch gehe die Verfolgung weiter; laut Minghui seien 117 Anhänger im April 2017 und 78 Anhänger im Mai 2017 zu Gefängnisstrafen verurteilt worden (*Epoch Times* 3.08.).

7. September 2017:

### **Revidierte „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ werden bekanntgegeben, sie gelten ab 1. Februar 2018**

Der Staatsrat der Volksrepublik China hat am 28. August 2017 eine Neufassung der „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ (*Zongjiao shiwu tiaoli* 宗教事物条例) erlassen, die am 7. September 2017 veröffentlicht wurde. Sie wird am 1. Februar 2018 die bisher geltende Fassung ablösen, die 2004 als erste umfassende Verwaltungsrechtsnorm für den Umgang des Staates mit den Religionen erlassen worden war. Die Neufassung der „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ ist deutlich umfangreicher als die bisherige Version; Kommentatoren sehen eine stärkere Kontrolle der Religionen als Hauptziel der Revision an. Am 9. September wurde in Beijing die „Gemeinsame Konferenz der nationalen religiösen Organisationen“ einberufen, um das revidierte Dokument zu studieren (siehe den Beitrag in den Informationen und die Übersetzung in der Dokumentation dieser Nummer).

6. September 2017:

### **Forum „Chinesische Kultur und Sinisierung der Religionen“ in Beijing**

Das Forum fand zur Feier des 20-jährigen Bestehens der Akademie für chinesische Kultur am Zentralinstitut für Sozialismus in Beijing statt, geladen waren die Verantwortlichen der nationalen Organisationen der fünf Religionen sowie Wissenschaftler. Laut *Xinhua* sagte Meister Xuecheng, Vorsitzender der Chinesischen buddhistischen Vereinigung, auf dem Forum, für eine gründliche Sinisierung müssten die Religionen ihren ursprünglichen Kulturhinter-

grund und das ursprüngliche System für die Interpretation ihrer Lehren durchbrechen und auf dem Boden der chinesischen Kultur ein chinesisches System von Lehren neu aufbauen. Die *Global Times* zitierte Bischof Ma Yinglin, den Vorsitzenden der offiziellen Chinesischen katholischen Bischofskonferenz, mit der Aussage, der Katholizismus bereite einen 5-Jahresplan für seine Sinisierung vor. Shen Guiping vom Zentralen Institut für Sozialismus sagte der Zeitung, die Sinisierung des Christentums schließe jeden Aspekt mit ein, inklusive Lehre, Gebräuche, Moral und Kultur. – Auch in den offiziellen Presseorganen der fünf Religionen sowie religionswissenschaftlichen Publikationen erscheinen laufend Artikel zur Sinisierung. In einem in *Tianfeng*, dem Organ der offiziellen protestantischen Leitungsgremien, abgedruckten Beitrag verband der Religionswissenschaftler Zhuo Xiping (Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften) die Sinisierung des Christentums mit dem Begriff der „Schicksalsgemeinschaft der chinesischen Nation“ (*Global Times* 7.09.; *Tianfeng* 2017, Nr. 8, S. 4-5; *Xinhua* 6.09.).

22. September 2017:

### **Erneuerte staatliche Anti-Kult-Website geht ans Netz**

Die Website „Chinesisches Anti-Kult-Netz“ (*Zhongguo fan xiejiao wang* 中国反邪教网, www.chinafxj.com) untersteht dem Büro des Staatsrats zur Abwehr und Behandlung „häretischer Kulte“ (*xiejiao*). Nach eigenen Angaben will die Website über Wesen und Gefahr der Kulte aufklären, Gesetze erläutern und Betroffenen wie Angehörigen Beratung und Hilfe anbieten. Neue Features sind eine Rubrik, in der Angehörige vermisste Personen zur Suche ausschreiben können, und ein Bereich, in dem kultbezogene Vorfälle angezeigt werden können. Ferner kann man an der Online-Unterschriftenkampagne „Sag nein zu Kulturen“ teilnehmen. Das Anti-Kult-Netz verfügt auch über amtliche WeChat- und Weibo-Konten. Nach Angaben von *Sixth Tone* wurde die Website früher von der China Anti-Cult Association betrieben (chinafxj.cn 22.09.; sixthtone.com 25.09.). – Eine Reihe von religiösen Sondergruppierungen sind in China als häretische Kulte verboten und werden verfolgt; viele von ihnen sind christlich inspiriert, wie die „Kirche des Allmächtigen Gottes“. Die China Anti-Cult Association entstand nach Beginn der Niederschlagung der Falun Gong-Bewegung ab 1999.

## Buddhismus

26. Juni 2017:

### Liuzu-Tempel unterzeichnet Absichtserklärung zur Unterstützung des Zentrums für Buddhismuskunde in Göttingen

Wie das *Göttinger Tageblatt* berichtete, unterschrieb Abt Dayuan vom Liuzu-Tempel in Zhaoqing, Provinz Guangdong, China, eine Absichtserklärung zur Unterstützung des neuen Zentrums für Buddhismuskunde in Göttingen. Axel Schneider, Direktor des Ostasiatischen Seminars und Vize-Direktor des Zentrums für Moderne Ostasienstudien an der Universität Göttingen, sagte, dass der Buddhismus in China seit 20 Jahren wieder auf dem Vormarsch sei und für viele Chinesen einen „stabilen Punkt“ in unruhigen Zeiten biete. Bei der Eröffnung dieses Zentrums waren internationale Einrichtungen aus 15 Ländern und lokale deutsche Würdenträger vertreten, so die Webseite des Liuzu-Tempels. – Carsten Krause von der Universität Hamburg, wo der Liuzu-Tempel auch Veranstaltungen zum Chan-Buddhismus unterstützt, sprach von dem Willen des Chan-Buddhismus, sich der Moderne anzupassen und daher auch Forschung und Praxis zu Buddhismus in Europa zu fördern. In Deutschland baut der Liuzu-Tempel daher zur Zeit auch ein Meditationszentrum des Chan-Buddhismus in Katlenburg-Lindau auf. Das *Göttinger Tageblatt* zitiert die Dharmameisterin Wuru damit, dass Deutsche dort Meditationstechniken erlernen könnten, um „gesünder, freier und freudiger zu leben“. Es solle der Buddhismus, so zitiert das *Tageblatt* weiter Wuru, „wie der Frühlingswind Glück und Freude“ nach Deutschland bringen (*Göttinger Tageblatt* 26.06.; hrzh.org [Webseite des Liuzu-Tempels] 29.06.).

14. Juli 2017:

### Tibet Post International: Petition gegen Umgestaltung des Klosters Kumbum (Ta'ersi) für den Tourismus

Ein Komitee aus Mönchen und Laien habe eine Petition an die Kreisverwaltung von Rushar (chin. Huangzhong, Stadt Xining, Provinz Qinghai) gerichtet, in der es sich gegen Pläne der Regierung für das Kloster wendet, schrieb *The Tibet Post International* (Dharamsala). Der Meldung zufolge sehen diese Pläne vor, das Kloster, eines der bedeutendsten Klöster der Gelug-Schule des tibetischen Buddhismus, zu einem Museum und Tourismusziel zu machen, was die religiöse Praxis erschwere. In der von *Tibet Post* zitierten Petition des Komitees heißt es: „Indem diese historische Stätte in einen

Geschäftsbetrieb verwandelt wird, wird die religiöse Verehrung an dieser Stätte erschwert. Um unserer Geschichte willen können wir das nicht erlauben; wir sollten unsere Verehrung machen und das Kloster besuchen dürfen, wie wir wollen“ (thetibet-post.com 14.07.).

20. August 2017:

### Schlüsselstellen von Buddhistischer Akademie und Kloster Larung Gar werden mit Parteikadern besetzt

In der buddhistischen Akademie Larung Gar im Kreis Sertar im Autonomen tibetischen Bezirk Kardze, Provinz Sichuan, an der vor 2016 rund 10.000 Anhänger des tibetischen Buddhismus gelebt und studiert haben sollen, wurden nun offenbar leitende Stellen mit sechs Parteikadern besetzt. Behördenvertreter des Autonomen Bezirks Kardze gaben dies am 20. August bekannt, wie das Tibetan Centre for Human Rights and Democracy (TCHRD) in Dharamsala meldete. Die buddhistische Akademie erhielt demnach ein Parteikomitee, der stellvertretende Direktor des Büros für öffentliche Sicherheit des Bezirks Kardze, Dapka, wurde zum Präsidenten und Parteisekretär der Akademie ernannt; der stellvertretende Parteisekretär des Kreises Sertar, Sonam Choepel, wurde Direktor des Nonnenklosters und Parteisekretär des Klosterverwaltungskomitees. Akademie und Nonnenkloster wurden verwaltungsmäßig getrennt und ihre Belegschaft auf 2.000 Mönche in der Akademie und 3.000 Nonnen im Kloster beschränkt, so TCHRD. Diese Maßnahmen entsprechen einer im Juni 2016 von Human Rights Watch bekanntgemachten Behördenanweisung, die einen mehrstufigen Plan zur „Korrektur und Rektifizierung“ der Akademie Larung Gar enthält. In deren Zuge wurden seit Juli 2016 nach Angaben von Free Tibet über 4.800 Personen aus der Akademie ausgewiesen und etwa 4.725 Wohnhütten abgerissen. Im Mai 2017 wurde laut TCHRD damit begonnen, auf dem freigeräumten Land Straßen und Attraktionen für Touristen zu errichten. – In Yachen Gar im Bezirk Kardze, einer anderen großen buddhistischen Lehranstalt, haben laut Free Tibet zufolge die Behörden am 10. August 2017 den Abriss von 3.500 Behausungen angeordnet. Free Tibet zufolge wurden seit 2008 rund 3.000 bis 5.000 Personen aus Yachen Gar ausgewiesen (freetibet.org 24.08.; hrw.org 9.06.2016; TCHRD 23.08.; vgl. *China heute* 2016, Nr. 3, S. 147).

September 2017:

### Gericht in Brighton verhängt hohe Geldstrafe für die buddhistische fangsheng-„Gnaden-Freilassung“ nicht einheimischer Krustentiere

Der englische *Guardian* berichtete am 25. September 2017 von der Verurteilung zweier Buddhisten aus London, Li Zhixiong und Li Ni, durch das Bezirksgericht Brighton im September für das Freilassen von lebenden Tieren. Das buddhistische Ritual des *fangsheng* 放生 hat seinen Ursprung im 3. Jh. n.Chr. Durch die Freilassung von lebenden Tieren, die eigentlich für die Schlachtung vorgesehen waren, soll gutes Karma erlangt werden können. Eine Gruppe von ca. 1.000 Buddhisten hatte 2015 anlässlich des Besuchs von Hai Tao, einem buddhistischen Lehrmeister aus Taiwan, der sich auch für Tierenschutz einsetzt, eine Massenfreilassung von lebenden Tieren in Brighton durchgeführt. Die beiden Londoner Buddhisten hatten dem Gericht zufolge im Rahmen dieses *fangsheng*-Rituals 700 Krustentiere in die See vor Brighton entlassen, die nicht im Ärmelkanal heimisch sind und eine mögliche Bedrohung für einheimische Arten darstellen. Die Folgen für das betroffene Ökosystem seien nicht absehbar, so der Richter, und verurteilte sie zu einer Strafe von über £ 28.000. – Solche Freilassungsaktionen sind keine Seltenheit. Nach Quellen des *Guardian* werden allein in Taiwan jedes Jahr rund 200 Millionen wilde Tiere in *fangsheng*-Ritualen freigelassen. Die sogenannte „Gnaden-Freilassung“, so der *Guardian*, habe oftmals nichts mit Gnade zu tun, da die Tiere vorher häufig unter schlechten Bedingungen aufbewahrt würden und nicht selten kurz nach Aussetzung sterben. Auch handelt es sich dabei öfter um nicht-einheimische, invasive Spezies, die den Lebensraum anderer Arten gefährden können (*The Guardian* 23.,25.09.).

## Daoismus

24. September 2017:

### Daoistisches Ritual auf Fußballplatz beschert Team Erfolg

Am 24. September haben in Zhengzhou (Provinz Henan) kurz vor dem Spiel zwischen Henan Jianye und Shandong Luneng 15 daoistische Priester in ihren traditionellen schwarzen Roben auf dem Spielfeld vor einer Art Altar zugunsten der Gastgeber eine daoistische Zeremonie mit Gebeten und Weihrauchstäbchen abgehalten, was – nach einer dreimonatigen Serie an Niederlagen – prompt zum Erfolg führte, jedoch scharfe Kritik seitens des Chinesischen Fußballverbandes für die Nutzung des Fußballfeldes für religiöse Aktivitäten nach sich zog. Laut *South China Morning Post*, die über diesen Vorfall berichtete, reagierte der Fußballclub mit einer Pressemitteilung, in der er sich ge-

gen „abergläubische Aktivitäten“ auf dem Feld aussprach, und versprach, den „Fehler“ zu korrigieren. Er zeigte Verständnis für die Fans, die unbedingt einen Fortbestand ihres Club in der Superliga sehen wollten, mahnte aber, „ein Sieg kann nicht durch Gebete errungen werden“. – Es war dies nicht das einzige Mal, dass sich ein Club in verlustreicher Saison an die Götter wandte. Die Mannschaft Guangzhou R&F hat im Juli ihr gesamtes in Blau gehaltenes Stadion in Gold neu gestrichen, auch die Sitze und Mauern. Damit wollte man das *fengshui* verbessern – und hat seitdem kein Heimspiel mehr verloren, selbst nicht gegen den überragenden Lokalrivalen Guangzhou Evergrande (*AsiaNews* 27.09.; *South China Morning Post* 26.09.; <http://stadiumdb.com>).

### Islam

12. Juni 2017:

#### **Hui-Muslim in Xinjiang wegen Betreiben einer WeChat-Gebetsgruppe zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt**

Das Volksgericht von Yili im Autonomen Gebiet Xinjiang verurteilte am 10. März 2017 Huang Shike, einen Angehörigen der muslimischen Hui-Nationalität, wegen „illegaler Nutzung des Informationsnetzes“ in zweiter Instanz zu zwei Jahren Haft. Der Fall wurde bekannt, nachdem das Gerichtsurteil am 12. Juni auf [wenshu.court.gov.cn](http://wenshu.court.gov.cn) (China Judgements Online), eine Online-Datenbank des Obersten Volksgerichtshofs, hochgeladen worden war. Wie aus dem Urteil hervorgeht, hatte Huang im Juni 2016 die WeChat-Gruppe „muslimisches Gebet“ gegründet, in der er (mittels Tonaufnahmen) gemeinsam mit den Teilnehmern betete und einmal einen Teilnehmer im Gebet unterwies; der Gruppe gehörten über 100 Personen an, hauptsächlich Familienmitglieder und Freunde. In einer anderen WeChat-Gruppe mit über 100 Mitgliedern erläuterte er – so das Gerichtsurteil – einmal, was der Koran über den Sinn des Opferfestes sagt. Das Gericht argumentierte so: Huang habe gewusst, dass in der WeChat-Gruppe viele Personen sind, dass eine WeChat-Gruppe keine religiöse Stätte für religiöse Aktivitäten ist und dass man an Orten, die keine Stätten für religiöse Aktivitäten sind, keine religiösen Aktivitäten durchführen dürfe. Durch illegale religiöse Aktivitäten wie Koranrezitation und -unterweisung in der selbsterrichteten WeChat-Glaubensgruppe habe er die Verwaltungsordnung der normalen religiösen Angelegenheiten gestört (*AP* 12.09.; Urteil auf Chinesisch und in englischer Übersetzung: <http://wenshu.court.gov.cn/content/content?DocID=6740b8cd-bad8-4fae-b59c-a78c00c7e475>; <https://>

[uyghuramerican.org/article/man-jailed-providing-islamic-instruction-tencent-wechat-messaging-service.html](http://uyghuramerican.org/article/man-jailed-providing-islamic-instruction-tencent-wechat-messaging-service.html)).

1./2. September 2017:

#### **Muslime in China feiern das Opferfest**

Unter großer, teils auch internationaler Beteiligung feierten die Muslime in China das Opferfest. Auf der Website der offiziellen Chinesischen islamischen Vereinigung finden sich dazu folgende Zahlen: In den Moscheen Shanghais wurden insgesamt 9.360 Gebetsteilnehmer gezählt. 4.000 Muslime aus dem In- und Ausland, darunter Indonesien, der Türkei, Malaysia und Deutschland, kamen zum Gebet in die historische Niujie-Moschee in Beijing. Über 10.000 in- und ausländische Muslime versammelten sich in den religiösen Stätten von Yiwu, einer Stadt in der Provinz Zhejiang, in der sich schwerpunktmäßig muslimische Geschäftsleute angesiedelt haben. Laut *Xinhua* bekamen Muslime in nordwestlichen Provinzen Ningxia, Xinjiang und Gansu fünf arbeitsfreie Feiertage für das Fest. – Am 31. August veranstaltete die Chinesische islamische Vereinigung anlässlich des Opferfestes einen Empfang im Beijing Xinjiang Mansion Hotel. Unter den Teilnehmern waren hochrangige Politiker, wie Liu Yandong, Politbüromitglied und zweite Vizeministerpräsidentin, sowie Sun Chunlan, Leiterin der Einheitsfrontabteilung der KP Chinas. Auch Vertreter von Botschaften muslimischer Länder waren anwesend ([chinaislam.net.cn](http://chinaislam.net.cn) 1.,4.,7.09.; *Xinhua* 1.09.).

10. September 2017:

#### **Human Rights Watch (HRW) berichtet über große Umerziehungseinrichtungen zur „De-Extremisierung“ in Xinjiang**

Der in New York ansässigen Menschenrechtsorganisation zufolge haben die Behörden im Autonomen Gebiet Xinjiang seit etwa April 2017 Tausende von Uiguren und Angehörige anderer (muslimischer) turksprachiger Ethnien ohne Haftbefehl oder andere Dokumente zwangsweise in geschlossenen Umerziehungseinrichtungen festgehalten, wo sie über Monate die chinesische Sprache lernen, Gesetze aufsagen und Slogans wie „Religion ist schädlich“ rezitieren müssten, wie HRW von Angehörigen der Internierten erfuhr. Laut HRW haben auch staatliche Medien in Xinjiang, wie die *Xinjiang Daily*, über die Einrichtungen berichtet, die dort als „Fortbildungskurse für De-Extremisierung“ oder „Fortbildungszentren für Erziehung und Transformation“ bezeichnet würden. Laut *Radio Free Asia (RFA)* soll es in den Kreisen Ghulja (Yining) und Korla (Kuerle) Lager mit mindestens 3.600 Insassen geben. Als Internierungsgründe nannten von *RFA*

Befragte u.a. die Teilnahme an illegalen religiösen Unterweisungen und Auslandsverbindungen oder Auslandsaufenthalte (darunter nicht autorisierte Teilnahme am Hadsch); auch des religiösen Fundamentalismus Verdächtige, Männer mit sehr langen Bärten oder Eltern, die ihre Kinder in religiöse Untergrundschulen schicken, seien unter den Betroffenen. *RFA* zufolge gibt es Anzeichen für ein weites Netz an Umerziehungslagern in ganz Xinjiang, die meisten im Süden des Gebiets. Diese Umerziehungseinrichtungen gleichen laut HRW Maßnahmen, die Ende 2012 in Tibet durchgeführt wurden. Chen Quanguo, der seit August 2016 Parteisekretär von Xinjiang ist und als Hardliner gilt, hatte vorher das gleiche Amt im Autonomen Gebiet Tibet inne (*HRW* 10.09.; *RFA* 11.,29.09.).

20. September 2017:

#### **Letzte Pilgergruppe der VR China kehrt vom Hadsch aus Mekka zurück**

Dieses Jahr nahmen über 12.000 Pilger aus der ganzen VR China am Hadsch nach Mekka teil, so die Angaben der Chinesischen islamischen Vereinigung (CIV), die die Wallfahrt für China zentral organisiert. Andere Organisatoren sind staatlich nicht zugelassen. Die Pilgerquoten für jedes Land werden von Saudi-Arabien festgelegt. Für die Zahl der Hadschis aus der VR China wurden in den Vorjahren jeweils folgende offizielle Angaben gemacht: 2016, 2015 und 2014: je 14.500 Pilger; 2013: 11.800; 2012: 13.800; 2011: 13.700; 2010: 13.000 ([china-islam.net.cn](http://china-islam.net.cn) 22.09.; *China heute* „Chronik“).

### Christentum

29. August 2017:

#### **UCAN berichtet über zunehmendes Verbot religiöser Erziehung von Kindern**

In jüngster Zeit gibt es vermehrt Meldungen, dass seitens bestimmter Lokalregierungen Kindern und Jugendlichen der Besuch von christlichen Gottesdiensten und die Teilnahme an Sommerlagern verboten wird. „Eine Dringlichkeitsnote von höheren Behörden verbietet allen kleinen Kindern, Primar- und Sekundarschülern sowie Lehrern strikt, sich katholischen oder protestantischen Kirchen anzuschließen“, hieß es in einer Bekanntmachung des Schulbezirks von Yonglin in Wenzhou, Provinz Zhejiang, an alle Primarschulen, Erwachsenenbildungsstätten und Kindergärten. Eine Katholikin vor Ort äußerte gegenüber *UCAN*, dass der Lehrer ihrer Tochter eine Sprach- sowie schriftliche Nachricht an die Chat-Group der Eltern schickte und diese aufforderte, ihre Kinder nicht zur Kirche mitzubringen. Dies sei eine Anweisung des Erziehungsbüros; ein Untersuchungsteam würde an den Sonntagen offen oder ver-

deckt beobachten, wie viele Kinder zur Kirche gingen. Eine ähnliche Bekanntmachung gab es laut *UCAN* im Bezirk Ou Hai in Wenzhou, in der es u.a. hieß: „Kinder, die zu früh in den Kirchen religiöse Erziehung und Ausbildung erhalten, werden ernsthaft die Umsetzung des Erziehungssystems beeinträchtigen.“ In Wuhai, Diözese Bameng in der Inneren Mongolei, soll ein Sommercamp von den Behörden verboten worden sein, ebenso in Suqian, Diözese Xuzhou, in der Provinz Jiangsu, wo sich der zuständige Pfarrer beim Parteisekretär beschwerte. – Nach chinesischen Medienberichten wurde in Changsha, der Provinzhauptstadt von Hunan, im Juni „notfallmäßig“ eine Videokonferenz abgehalten, um über die Stabilisierung im Erziehungssystem zu beraten. Liang Guochao, Chef des Erziehungsbüros, drängte auf einen „entscheidenden Schritt, um eine religiöse Infiltration in den Schulen zu verhindern“. Die Schüler sollten angeleitet werden, bewusst religiösen Praktiken zu widerstehen, um den Schulhof zu einem „Stück reinen Landes“ zu machen. Auch in der Nachbarprovinz Henan wurde im Juli ein Dokument mit dem Titel „Die Erziehung von der Religion trennen“ veröffentlicht, das strikte Anweisungen gibt. – Es ist jedoch unklar, inwieweit die Politik in ganz China umgesetzt werden wird, da an anderen Orten z.B. Sommercamps problemlos durchgeführt werden konnten. oft jedoch „low-key“, um nicht zu sehr die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich zu ziehen (*UCAN* 13.07.,29.08.,25.09.).

### Protestantismus

5.–6. September 2017:

#### Reformation und Gesellschaftsentwicklung – Internationales Forum zum 500-jährigen Reformationsjubiläum in Beijing

Das Zentrum für Christentumsforschung an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften in Beijing veranstaltete gemeinsam mit den beiden evangelischen Vereinigungen der Stadt (Beijinger Christenrat und Drei-Selbst-Bewegungskomitee) eine akademische Tagung zum Reformationsjubiläum. Abgeordnete verschiedener Regierungsgremien und hochrangige Vertreter unterschiedlicher Religionen wie Islam und Buddhismus wohnten der Veranstaltung bei. Wissenschaftler aus dem In- und Ausland nahmen das Thema zum Anlass, um in insgesamt 25 Redebeiträgen Themen wie das Verhältnis von Staat und Kirche, Pluralismus und Sinisierung zu reflektieren (*ccctspm.org* 12.09.) Isabel Hess-Friemann

20. September 2017:

#### Provinz Henan: Behörden entfernen erstmals zwangsweise ein Kirchenkreuz

Die betroffene protestantische Holy Grace Church im Kreis Tanghe, Stadt Nanyang, Provinz Henan war *UCAN* zufolge offiziell registriert. Das Turmkreuz ging bei der Demontage in Flammen auf, wie ein online zirkulierendes Video zeigte. Es sei seines Wissens die erste zwangsweise Kreuzdemontage in der Provinz Henan, sagte Ying Fuk-tsang von der Divinity School der Chinese University of Hong Kong zu *UCAN*. Auch in der Diözese Luoyang, Provinz Henan, soll laut *UCAN* die katholische Kirche in der Altstadt, die der katholischen Gemeinschaft im Untergrund gehört, von den Behörden aufgefordert worden sein, ihr Kreuz zu entfernen (*China Aid* 20.09.; *UCAN/La Croix* 22.09.). – In der Provinz Zhejiang wurden zwischen 2014 und 2016 rund 1.600 Kreuze von Kirchtürmen und -dächern zwangsweise durch die Behörden demontiert. Einige Fälle von Kreuzabrissen gab es auch in der Provinz Jiangxi.

### Katholizismus

8. Juli 2017:

#### Ehemalige Kathedrale von Xiamen wird Teil des Gulangyu UNESCO-Welterbes

Bei der 41. Sitzung des Welterbekomitees in Krakau wurde die zu Xiamen in der südchinesischen Provinz Fujian gehörende Insel Gulangyu von der UNESCO als Kulturerbestätte in die Liste des Welterbes aufgenommen. Zu den 51 namhaften Gebäuden auf der Insel zählt die frühere katholische Christ König-Kathedrale der Diözese Xiamen. Die Aufnahme erfolgt zeitgleich mit der 100-Jahr-Feier der Kathedrale, die sich im Zentrum von Gulangyu befindet. Die Kirche wurde 1917 vom spanischen Dominikaner Bischof Mamanel Prat gebaut. Heute dient die Kirche Unserer Lieben Frau vom Rosenkranz in der Stadt Xiamen als Kathedrale, da dort die meisten Katholiken leben und Gulangyu nur per Fähre zu erreichen ist. – Nach Ende des Opiumkrieges 1842 und dem Vertrag von Nanjing siedelten sich viele westliche Händler auf der Insel Gulangyu an. Ab 1903 war Gulangyu ausländische Konzession und verfügt noch heute über viele Kolonialbauten mit unterschiedlichen architektonischen Stilen. Die Insel sei ein wichtiges Fenster für den sino-australischen Austausch gewesen, so die UNESCO. Der Katholizismus wurde in Xiamen bereits 1313 von Franziskanern eingeführt. 1883 wurde Xiamen apostolisches Vikariat (*UCAN* 18.07.; *blog.chinareise.com* 12.07.).

19. Juli 2017:

#### Gedenkversammlung zum 60-jährigen Bestehen der Chinesischen katholischen patriotischen Vereinigung (PV)

In der Großen Halle des Volkes fand die Gedenkfeier unter Beteiligung von 200 Personen statt, darunter der stellvertretende Leiter der der Einheitsfrontabteilung der KP Chinas, Zhang Yijiong, der Direktor des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten, Wang Zuo'an, die Verantwortlichen der PV und andere katholische Vertreter, unter ihnen zahlreiche Bischöfe, sowie Vertreter der vier anderen Religionen. Anschließend empfing Yu Zhengsheng, der Vorsitzende der politischen Konsultativkonferenz, die Teilnehmer und gratulierte im Namen von Zentralkomitee und Staatsrat. Yu erklärte, mit der Gründung der PV vor 60 Jahren habe die katholische Kirche Chinas offiziell den Weg der Unabhängigkeit, Autonomie und Selbstverwaltung sowie der Anpassung an den Sozialismus eingeschlagen. In *UCAN* wurde darauf hingewiesen, dass die Zeremonie in zurückhaltender Form gehalten worden sei und man, vielleicht auch aus Rücksicht auf die sino-vatikanischen Gespräche, die Bezeichnung „Gedenkversammlung“ statt „Feier“ gewählt habe. – Die Chinesische katholische patriotische Vereinigung, eine sog. Massenorganisation, wurde am 2. August 1957 auf Betreiben der Regierung gegründet. Wie die 1980 gegründete Chinesische katholische Bischofskonferenz und die beiden übergeordnete Nationalversammlung der chinesischen katholischen Kirche enthält die Satzung der PV das Prinzip der Unabhängigkeit [vom Vatikan]. Für die anderen vier staatlich anerkannten Religionen gibt es ähnliche offizielle Massenorganisationen. (*AsiaNews* 24.07.; *chinacatholic.cn* 21.07.; *UCAN* 21.07.; *Xinhua* 19.07.). Eine Übersetzung der aktuellen Satzung der PV findet sich in *China heute* 2017, Nr. 2, S. 86-92.

13. August 2017:

#### Tod von Bischof em. Silvester Li Jiantang von Taiyuan, Provinz Shanxi



Bischof Silvester Li. Foto: *UCAN*.

Bischof Li – der sowohl vom Vatikan wie der chinesischen Regierung anerkannt war – wurde am 23. Dezember 1925 geboren und 1956 zum Priester geweiht. Die Jahre von 1966 bis 1980 verbrachte er im Arbeitslager (Textilfabrik); anschließend konnte



er in seine Diözese zurückkehren und in der Pfarrei von Dong'ergou arbeiten. 1994 wurde er zum Bischof geweiht. Von 1996 bis 2008 gehörte Bischof Li zum Vorstand des Priesterseminars von Shanxi, als dessen Rektor er von 2000 bis 2001 fungierte. Das Seminar wurde 2012 geschlossen. Bischof Li gründete auch das Kleine Seminar von Taiyuan sowie den Schwesternkonvent Unsere Liebe Frau von den Sieben Schmerzen. 2010 weihte er Priester Meng Ningyou zu seinem Koadjutor. 2013 trat Bischof Li offiziell in den Ruhestand. – Bischof Li wurde am 19. August auf dem kirchlichen Friedhof in seinem Heimatdorf Dong'ergou beigesetzt. Der Requiemmesse am 17. August stand Bischof Meng vor, weiterer Konzelebrant war Bischof Peter Wu Junwei von Xinjiang (Yuncheng). An der Messe nahmen 5.000 Gläubige teil. – Die Diözese Taiyuan hat etwa 80.000 Katholiken (*AsiaNews* 14.08.; *chinacatholic.org* 13.08. *Fides* 6.10.; *UCAN* 18.08.).

14. August 2017:

### **Bischof Paul Xie Tingzhe von Urumqi stirbt**

Untergrundbischof Xie von Urumqi im Autonomen Gebiet Xinjiang starb im Alter von 86 Jahren. Von der chinesischen Regierung war er lediglich als Priester anerkannt, konnte sich jedoch innerhalb Chinas relativ frei bewegen. – Bischof Xie wurde am 2. Januar 1931 in Lanzhou, Provinz Gansu, geboren und trat 1945 ins Kleine Seminar von Lanzhou ein. In den späten 1950er Jahren wurde er – noch als Seminarist – inhaftiert, da er sich weigerte, der Patriotischen Vereinigung beizutreten. Die Jahre 1961–1979 verbrachte er in einem landwirtschaftlichen Arbeitslager in Urumqi. 1980 nach seiner Freilassung wurde er zum Priester geweiht. Er blieb in Urumqi, um dort für die Kirche zu arbeiten. 1991 wurde er im Geheimen zum Bischof von Urumqi geweiht. 1994 konnte der Bischof bei einem Auslandsbesuch mit Papst Johannes Paul II. zusammentreffen. Bischof Xie hatte einen großen Missionsgeist und war aktiver Internetnutzer. Dort



Bischof Xie Tingzhe mit P. Werenfried van Straaten 1994. Foto: Archiv China-Zentrum.

hatte er seinen eigenen Blog. Auch sang er lateinische Lieder mit jungen Leuten in seiner Chat-Gruppe. – Nach dem Tod von Bischof Xie ordneten – so *UCAN* gemäß der Aussage eines Untergrundkatholiken – die Behörden an, dass die Beerdigung innerhalb von zwei Tagen abzuhalten sei und die Asche innerhalb von 30 Minuten nach der Einäscherung bestattet werden müsse. Dies hielt Gläubige von entfernt gelegenen Orten davon ab, dem Bischof die letzte Ehre zu erweisen. Den Zeremonien durfte jeweils nur ein Diözesanpriester vorstehen, zwei weitere Priester durften nicht konzelebrieren und die 22 anderen Diözesanpriester durften ihre Pfarreien nicht verlassen, so *UCAN*. Die Diözese zählt etwa 9.000 Katholiken in einer überwiegend muslimisch geprägten Region (*AsiaNews* 14.08.; *Fides* 6.10.; *UCAN* 18.08.).

September 2017:

### **Katholischer Priester von Shenyang zu 18 Monaten Haft verurteilt**

Priester Fei Jisheng, 40, aus der offiziellen Diözese Liaoning wurde wegen eines angeblichen Diebstahls von Spendengeldern für ein Altenheim in Gaizhou zu 18 Monaten Haft verurteilt. Er wurde bereits am 18. Oktober 2016 beim Besuch eines Schwesternkonvents in Fushun verhaftet. Wie u.a. Generalvikar Dong Hongchang von Shenyang damals sagte, sei der wahre Grund für seine Verhaftung der Erfolg seiner „Jünger-Kurse“, die von der Regierung als illegal betrachtet werden. Bischof Pei Junmin von Liaoning hatte versucht, mit dem Religionsbüro auf Provinzebene und der Abteilung für Einheitsfrontarbeit zu verhandeln, jedoch ohne Erfolg. Der Fall wurde von der Regierung als sensibel eingestuft; so durfte Priester Fei auch keine Besuche empfangen und die Verhandlungen fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Offensichtlich hängt der Fall auch mit der Entlassung des stellvertretenden Direktors des katholischen Altenheims in Gaizhou, Han Weixing, zusammen, den Fei der Korruption verdächtigt hatte. Han soll darauf bei den Religionsbehörden und dem Büro für öffentliche Sicherheit Fei illegaler Evangelisierungsaktivitäten bezichtigt haben. – Zusammen mit Priester Fei wurde auch der Laie He Xianmin verurteilt, allerdings zu einem Jahr auf Bewährung. Beide müssen an die katholische Kirche in Gaizhou eine Kompensationssumme von 121.200 Yuan zahlen. Priester Fei steht seit langem unter Überwachung und wurde auch schon früher inhaftiert, so im Juni 2016 für einen Monat wegen Evangelisierungstätigkeiten außerhalb der Diözesangrenzen. – Die „Jünger-Kurse“ begannen 2007 und haben sich in ganz China verbreitet, insbesondere in den Pro-

vinzen Liaoning und Hebei. Es handelt sich um eine Kombination von Missionsarbeit im protestantischen Stil mit Elementen der katholischen charismatischen Bewegung. Laut einem Interview mit Bischof Han Yingjin von Sanyuan im Oktober 2016 (*RFA*) soll Priester Fei gesagt haben, dass viele Priester vor Ort in den Diözesen Unverständnis aufbrächten für seine Arbeit, dies schloss anfangs auch Bischöfe ein (*AsiaNews* 29.03.; *UCAN* 31.10.2016; 27.03., 21.09., 12.10.; *rfa.org* 28.10.2016).

11. September 2017:

### **Verschleppter Bischof Shao Zhumin von Wenzhou meldet sich per WeChat aus Beijinger Krankenhaus**

Der am 18. Mai 2017 von Behördenvertretern zu unbekanntenen Orten gebrachte, von der Regierung nicht anerkannte „Untergrund“-Bischof von Wenzhou schrieb in einer WeChat-Nachricht, er danke allen für ihr Gebet, besonders für das Gelingen der heutigen Operation; es sei nicht günstig, ihn in Beijing zu besuchen. Eine kirchliche Quelle sagte *UCAN*, der Bischof werde im Tongren-Krankenhaus in Beijing am Ohr operiert. In den folgenden Wochen gab es keine weiteren Nachrichten über den Verbleib des Bischofs. Er steht unter verstärktem Druck der Behörden, seit er im September 2016 seinem Vorgänger, Bischof Zhu Weifang, nach dessen Tod automatisch als Ortsbischof nachfolgte. Im Juni 2017 hatten sich nacheinander der deutsche Botschafter in Beijing und der Vatikan in Stellungnahmen für seine Freilassung eingesetzt (*AsiaNews* 9.09.; *UCAN* 12.09.). Vgl. *China heute* 2017, Nr. 2, S. 79 und 82.

25. September 2017:

### **Bischof Matthias Hu Xiande von Ningbo verstirbt**

Der 83-jährige Bischof von Ningbo in der Provinz Zhejiang war sowohl vom Vatikan wie auch der chinesischen Regierung anerkannt. Er starb im Krankenhaus an einer Krebserkrankung. Das Begräbnis von Bischof Hu fand am 28. September statt. – Hu Xiande wurde 1949 getauft und trat im darauffolgenden Jahr ins Kleine Seminar in Ningbo ein, seine theologischen Studien absolvierte er am Priesterseminar in Shanghai. Die Jahre der Kulturrevolution (1966–1976) verbrachte er in seiner Heimat und nahm 1985 erneut seine Studien auf. Im selben Jahr wurde er von Bischof Aloysius Jin Luxian SJ zum Priester geweiht. 2000 wurde er von Bischof Josef Ma Xuesheng von Zhoucun, Provinz Shandong, zum Koadjutorbischof von Ningbo geweiht. Nach dem Tod seines Vorgängers wurde er 2004 als Ortsbischof installiert. Die Diözese Ningbo zählt ca. 30.000 Katholiken und 24 Priester (*UCAN* 26.09.).

## Sino-vatikanische Beziehungen

27. Juli 2017:

### Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin spricht in Bezug auf den Dialog mit China vom Auftauchen neuer Herausforderungen und vom „Geist des gesunden Realismus“

Kardinal Parolin, der als „Chefdiplomat“ des Vatikans mit den sino-vatikanischen Verhandlungen befasst ist, sprach in einem Interview mit *Il Sole 24 Ore* von den vielfältigen Kontakten der katholischen Kirche mit der Welt Asiens im Lauf der Jahrhunderte (etwa mit China über die Seidenstraße), um fortzufahren: „Sicherlich sind jetzt, verglichen mit den vergangenen Zeiten, neue Herausforderungen aufgetaucht, die noch nie dagewesen sind und nach kreativen Antworten verlangen [...]. Insbesondere verlangt die katholische Kirche, dass das Recht, den Glauben frei zu bekennen, zum Nutzen aller und für die Harmonie in der Gesellschaft garantiert ist. Katholiken wollen ihren Glauben heiter in ihren jeweiligen Ländern als gute Bürger leben [...]. In diesem Rahmen meine ich, dass der von den Regierungen einiger Länder der Region aufgenommene Weg des Dialogs zu begrüßen ist, China eingeschlossen. Dialog ist an sich schon eine positive Tatsache [...]. Wir stellen uns dem mit einem Geist des gesunden Realismus, in dem Wissen, dass das Schicksal der Menschheit vor allem in Gottes Hand liegt“ (*ilsole24ore.com* 27.07.).

3./5. August 2017:

### Kanzler der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften zu chinesischen *Global Times*: „China und der Papst haben sehr gute Beziehungen“ – Teilnahme an Konferenz zu Organspende in Kunming

„Wir müssen eine Unterscheidung machen zwischen einem formalen Abkommen und den realen Dingen“, sagte Bischof Marcelo Sánchez Sorondo im Interview mit der parteinahen *Global Times*. „Das reale Ding ist, dass in diesem Moment China und der Papst eine sehr gute Beziehung haben.“ Bischof Sorondo war Teilnehmer einer Konferenz in Kunming am 5. August zum Thema Organspende und Organtransplantation und hielt sich vorher in Beijing auf. *Global Times* zitierte ihn in mehreren Meldungen, u.a. auch mit den Worten: „China könnte ein Modell sein, das wir heute brauchen, um auf die Globalisierung zu antworten, ein Modell für die Würde und Freiheit des Menschen, ein Modell für die Ausmerzungen einer neuen Art von Sklaverei, des Organhandels.“ –

Im Februar 2017 hatte die Einladung von Vertretern Chinas zu einer Konferenz über Organhandel im Vatikan, die die Päpstliche Akademie der Wissenschaften organisierte, außerhalb Chinas auch Kritik ausgelöst; Menschenrechtsorganisationen werfen China Organentnahme von exekutierten Strafgefangenen sowie von inhaftierten Falun Gong-Anhängern vor. Am 1. Januar 2015 trat in China eine Regelung in Kraft, der zufolge für Transplantationen nur noch Organe von freiwilligen Spendern verwendet werden sollen (*China Daily* 7.08.; *cruxnow.com* 4.08.; *Global Times* 3., 5.08.; vgl. *China heute* 2015, Nr. 1, S. 15; 2017, Nr. 1, S. 17-18).

19. August / 1. September 2017:

### *South China Morning Post* sieht sino-vatikanische Verhandlungen an totem Punkt, *Hong Kong Sunday Examiner* interpretiert Interviews

Die Bemühungen des Vatikans um eine Annäherung an China seien offenbar zum Stillstand gekommen, da man sich nicht auf eine gegenseitige Anerkennung umstrittener chinesischer Bischöfe einigen könne, schrieb die *South China Morning Post* (SCMP). „Neuerdings sind die Nachrichten, die wir hören, nicht so gut“, sagte auch der dem sino-vatikanischen Dialog positiv gesonnene P. Jeroom Heyndrickx CICM vom Verbiest Institute in Leuven der SCMP. Der *Hong Kong Sunday Examiner* (HKSE) wertete Kardinal Parolins Rede von „neuen Herausforderungen“ im Interview vom 27. Juli (s.o.) ebenfalls als Hinweis auf Schwierigkeiten in den Beziehungen. Der HKSE machte aber darauf aufmerksam, dass Bischof Sorondo von *Global Times* „mit ungewöhnlicher Höflichkeit“ behandelt worden sei, der Bischof als nicht für China Zuständiger wiederum habe die Stichwörter für sein Interview sicher von höheren Instanzen im Vatikan erhalten. Es handle sich möglicherweise um einen Versuch beider Seiten, den Dialog wieder ins Lot zu bringen (HKSE 1.09.; SCMP 19.08.).

23. August 2017:

### Sergio Ticozzi PIME in *AsiaNews* über Zweifel und Verwirrung unter chinesischen Katholiken

Der am Holy Spirit Study Centre der Diözese Hongkong tätige Chinaexperte spricht von den Sorgen, die viele Personen aus dem offiziellen wie inoffiziellen Teil der Kirche, die ihrem Glauben wirklich treu sein wollten, bei seinem letzten Besuch in Festlandchina geäußert hätten. Sie seien bekümmert über den geschickt kalkulierten Druck, den die Behörden – durch Anreize ebenso wie durch Unterdrückung bis hin zur Gewalt – ausüben, um den offiziellen Teil der Kirche zu kontrollie-

ren, und den Versuch, durch verpflichtende Registrierung die inoffizielle Kirche auszumerzen. Verwirrung bestehe auch angesichts von „Opportunisten und Leuten mit zwei Gesichtern“ innerhalb der Kirche. Einige Priester der inoffiziellen Kirche hätten ihn zudem gefragt, ob Rom die Regierungspolitik der Eliminierung der Untergrundkirche akzeptiere, und ob es weiter notwendig sei, den Beitritt zur Patriotischen Vereinigung zu verweigern. Manche hofften, vielleicht zu unrecht, darauf, dass ein Abkommen zwischen China und dem Vatikan ihre Sorgen beenden könnte, während andere sich in ihren kleinen Gemeinschaften abriegeln würden. Die Kirche in Festlandchina brauche wirklich die Unterstützung der Weltkirche, so Ticozzi (*AsiaNews* 23.08.; *Hong Kong Sunday Examiner* 2.09.).

28. September 2017:

### Erzbischof Savio Hon, Sekretär der Päpstlichen Kongregation für die Evangelisierung der Völker, wird zum Nuntius für Griechenland ernannt

Der Hongkonger Salesianer und Theologe Savio Hon Tai-Fai war Ende Dezember 2010, als sich die Spannungen zwischen China und dem Vatikan zugespitzt hatten, von Papst Benedikt XVI. in die Vatikanbehörde berufen worden, die für die Missionsarbeit der Kirche zuständig ist und auch Jurisdiktion über die Kirche in China hat. Er war der erste und einzige Chinese in leitender Position in der Kurie. In Bezug auf Verhandlungen des Vatikans mit China trat Hon eher für Vorsicht ein; so sagte er am 20. Februar 2011 in einem Gespräch mit Hongkonger Katholiken, der Vatikan dürfe nicht um der Normalisierung willen zu viele Zugeständnisse machen, sonst bestehe die Gefahr der Verdrehung der Natur der Kirche. In dieser Hinsicht wird er als der Position Kardinal Joseph Zens nahestehend angesehen. *AsiaNews* schrieb, Hon habe immer dazu aufgerufen, dass man den im Brief von Benedikt XVI. an die chinesische Kirche festgelegten Richtlinien folgen müsse, was ihm Sympathien unter chinesischen Katholiken im Untergrund eingetragen habe, die den aktuellen sino-vatikanischen Dialog als Gefahr für ihr Überleben ansähen. Im Juni 2016 wurde Erzbischof Hon für mehrere Monate als Apostolischer Administrator nach Agana (Guam) geschickt. Hons Ernennung zum Nuntius für Griechenland nimmt Robert Mickens in *La Croix* als Hinweis dafür, dass Papst Franziskus in der schwierigen Annäherung an China Assistenten um sich haben wolle, die seine Strategie voll unterstützen (*AsiaNews* 28.08.; *La Croix* 29.09.; *UCAN* 21.02.2011; 28.09.).

Anfang Oktober 2017:

**Joseph Shih SJ fordert in *La Civiltà Cattolica* „gegenseitige Toleranz“ zwischen Regierung und Kirche in China und bezeichnet Ma Daqin als „chinesischen Bischof mit gesundem Realismus“**

Das Interview mit Joseph Shih SJ, dem früheren langjährigen Leiter der chinesischen Abteilung von Radio Vatikan, der seit 2007 wieder überwiegend in Shanghai lebt, erschien in der Oktoberausgabe von *La Civiltà Cattolica* – einer Zeitschrift, deren Artikel vor der Publikation vom Staatssekretariat des Vatikans genehmigt werden. Der 90-jährige sagte, ohne Vorurteile betrachtet seien die Grundwerte des Sozialismus nicht unvereinbar mit dem Evangelium. Die chinesische Regierung sei kommunistisch, was sich auf lange Sicht nicht ändern werde. Die Kirche in China aber müsse eine Form von Beziehung mit der Regierung haben; Opposition sei selbstmörderisch, Kompromiss bedeute den Verlust der eigenen Identität, es bleibe als einzige Möglichkeit eine Beziehung gegenseitiger Toleranz. Dies setze aber voraus, dass der Heilige Stuhl der chinesischen Regierung nicht ablehnend gegenüberstehe. Sonst wäre die Kirche in China gezwungen, zwischen beiden zu wählen, sie würde notwendigerweise den Heiligen Stuhl wählen und damit in den Augen der Regierung intolerabel werden. Zur Frage, wie die chinesische Regierung sich zur Kirche verhalten würde, wenn der Vatikan sie nicht ablehne, meinte Shih, man könne nur sagen, „dass die katholische Kirche in China existiert und funktioniert; das bedeutet, dass eine Form von Toleranz bereits erlebt wird“. Den Fall von Bischof Ma Daqin von Shanghai, der seit seinem öffentlichen Austritt aus der Patriotischen Vereinigung 2012 unter Hausarrest steht, aber inzwischen Äußerungen der Reue publiziert hat, interpretierte Shih so, dass Ma „wiedererwacht“ sei zu einem „gesunden Realismus“, was die Beziehung zwischen Kirche und Staat in China angehe (<https://laciviltacattolica.com/free-article/the-church-and-the-chinese-government-an-interview-with-fr-joseph-shih/>; *UCAN* 5.10.).

2. Oktober 2017:

**Bischof Shen Bin in *Vatican Insider*: Keiner in China will eine vom Papst getrennte Kirche**

Der vom Papst und von der Regierung anerkannte Bischof sagte, in China müsse man unterscheiden zwischen kirchlichen Angelegenheiten und Fragen des Glaubens auf der einen Seite und wirtschaftlichen bzw. Verwaltungsfragen auf der anderen Seite, die an sich nicht das Glaubensgut berühren. Über die Kirche in China sagte er: „Keiner von uns hat je daran gedacht,

sich von der Universalkirche zu trennen oder zu unterscheiden oder einen anderen Weg zu gehen als die Universalkirche.“ Shen befürwortete den Dialog zwischen China und dem Vatikan und bezeichnete die Gläubigen im Untergrund als „Brüder in der einen Kirche“ (siehe den Wortlaut des Interviews in der Dokumentation). – Bischof Shen ist einer der stellvertretenden Vizevorsitzenden sowohl der Chinesischen katholischen patriotischen Vereinigung als auch der offiziellen Chinesischen Bischofskonferenz und gilt als „derzeit einflussreichster“ (so *UCAN*) Mann im offiziellen Teil der Kirche. – Gianni Valente hat in *Vatican Insider* bereits eine Reihe von chinesischen Bischöfen aus dem inoffiziellen wie offiziellen Teil der Kirche zum gleichen Thema interviewt; vgl. insbes. *China heute* 2015, Nr. 2, S. 86-103.

5. Oktober 2017:

**Vatikans „Außenminister“ bekennt sich zu Partnerschaft mit Taiwan – 75 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik China**

Auf einem Empfang in Taiwan zum Nationalfeiertag der Republik China (auf Taiwan) sagte Erzbischof Paul R. Gallagher, Sekretär für die Beziehungen mit den Staaten im Staatssekretariat des Vatikans, der Vatikan werde ein engagierter Partner Taiwans bleiben und jeden konstruktiven Dialog unterstützen, den Taiwan mit anderen Ländern über den Weltfrieden und zum Nutzen der Menschheit führe. Matthew S.M. Lee, Botschafter der Republik China beim Heiligen Stuhl, sagte bei dem Bankett, Taiwan schätze die 75 Jahre der Beziehungen mit dem Vatikan; die gemeinsamen Werte der Religionsfreiheit und des Weltfriedens seien eine solide Grundlage für die künftigen Beziehungen (*CNA* 5.10. nach [focustaiwan.tw](http://focustaiwan.tw) 6.19.). – Am 23. Oktober 1942 hatte der vatikanische *L'Osservatore Romano* die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Regierung von Chongqing (chinesische Kriegshauptstadt im 2. Weltkrieg) bekanntgegeben (vgl. [www.catholic.org.tw/en/Latest/latest045Diplomatic.html](http://www.catholic.org.tw/en/Latest/latest045Diplomatic.html)).

**Hongkong**

14. Juli 2017:

**Hongkong: Kirchen bekräftigen gemeinsame Übersetzung des Dialogdokuments „Vom Konflikt zur Gemeinschaft“**

In einer feierlichen Zeremonie haben Kardinal John Tong von der katholischen Diözese Hongkong und Bischof Cheng Chun-wa von der Evangelisch-Lutherischen Kirche Hongkongs eine Erklärung



Kardinal Tong und Bischof Cheung bekräftigen die chinesische Übersetzung des Dokuments „Vom Konflikt zur Gemeinschaft“ durch ihre Unterschrift. Foto: *UCAN*.

unterzeichnet, mit der sie die ökumenische chinesische Übersetzung des Dokuments „Vom Konflikt zur Gemeinschaft. Gemeinsames lutherisch-katholisches Reformationsgedenken im Jahr 2017“ bekräftigen. Zeremonie und gemeinsames Gebet fanden am 14. Juli in der katholischen Kathedrale in Hongkong statt. Mehrere hundert Personen nahmen daran teil, darunter auch Vertreter anderer protestantischer Denominationen. Das Dokument wurde 2013 als Bericht der Lutherisch/Römisch-katholischen Kommission für die Einheit veröffentlicht. Ein gemeinsames Übersetzerteam begann seine Arbeit 2016; Anfang Juli 2017 wurde die chinesische Übersetzung des Dokuments veröffentlicht. In einem Heft sind zwei chinesische Ausgaben vereint, eine für die lutherische, die andere für die katholische Kirche. Dies war nötig aufgrund traditionell unterschiedlicher Begrifflichkeiten, z.B. bei den chinesischen Übersetzungen von Namen. Es handelt sich um das zweite Übersetzungsprojekt der beiden Hongkonger Kirchen nach der Übersetzung der „Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ (1999), die 2014 fertiggestellt wurde (*UCAN* 20.07.; [www.2017gemeinsam.de](http://www.2017gemeinsam.de)).

31. Juli / 1. August 2017:

**Bischofswechsel in Hongkong**

Nach Ablauf einer dreijährigen Verlängerung seiner Amtszeit als Bischof von Hongkong wurde Kardinal John Tong mit Vollendung seines 78. Geburtstages am 31. Juli 2017 von seinem Amt emeritiert. Kardinal Tong hatte die Leitung der Diözese acht Jahre lang inne. Am 1. August übernahm Koadjutorbischof Michael Yeung die Leitung der Diözese. In die Amtszeit von Kardinal Tong fiel eine ganze Reihe von politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Er bekundete immer wieder auch seine Hoffnung auf einen guten Ausgang der sino-vatikanischen Gespräche. – Bischof Yeung hat gute Beziehungen zur neuen Regierungschefin Carrie Lam, einer praktizierenden Katholikin. Sie nahm am 5. August auch an der Amtseinführung von

Bischof Yeung teil. In einer Pressekonferenz einen Tag nach seinem Amtsantritt bekundete der Bischof die Sorge um die Armen und Verlassenen in der Gesellschaft als Priorität. Er betonte zudem, dass die Hongkonger Kirche weiterhin als „Brücke“ zwischen China und dem Vatikan dienen wolle (*AsiaNews* 1., 2.08.; *China heute* 2016, Nr. 4, S. 217; *Hong Kong Sunday Examiner* 22., 29.07.; 12.08.; *UCAN* 28.07.). – Siehe hierzu den Beitrag in den Informationen.

## Taiwan

25. Juni 2017:

### Taiwans Präsidentin dankt indonesischen Muslimen

Anlässlich des muslimischen Festes des Fastenbrechens Eid al-Fitr dankte Präsidentin Tsai Ing-wen den Wanderarbeitern und Wanderarbeiterinnen aus Indonesien für ihren namhaften wirtschaftlichen Beitrag und die kulturelle Bereicherung der Gesellschaft Taiwans. In einem Video hob sie die grundsätzliche Offenheit in Taiwan für andere Kulturen und das Engagement bezüglich der Gleichberechtigung aller ethnischen Gruppen hervor. Schon seit längerer Zeit bemüht sich die Regierung, mit der *halal*-Zertifizierung für Restaurants und der Einrichtung von Gebetsräumen sowie Bereitstellung von Plätzen für Feste der Muslime eine freundlichere Umgebung zu schaffen. Gleichzeitig lud die Stadt zu einem eigenen Fest ein, bei dem Taipeis Bürgermeister Ko Wen-je 600 grüne Umschläge mit Geld als Glücksbringer an die Teilnehmenden verteilte. – Laut Statistik von Ende Juni 2017 stellt unter den insgesamt 653.804 Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern neben den Philippinen, Thailand und Vietnam Indonesien mit 192.809 Frauen und 60.188 Männern das weitaus größte Kontingent. Willi Boehi

12. Juli 2017:

### Taiwan: Ehrenstaatsbürgerschaft für P. Luis Gutheinz SJ

Der österreichische Jesuit erhielt auf Initiative der Regierung der New Taipei City die Staatsbürgerschaft der Republik China auf Taiwan. Der 1933 in Tannheim in Tirol geborene Jesuit lebt mit einigen Unterbrechungen seit 1961 in Taiwan. Von 1974 bis 2005 unterrichtete er als Professor für systematische Theologie an der theologischen Fakultät der Fu-Jen-Universität in Taipei. P. Gutheinz gilt als Brückenbauer und Wegbereiter für die Entstehung einer chinesischen Theologie. Große Verdienste hat er sich auch im Bereich der Ökumene und der Arbeit mit Leprakranken – in Taiwan und auf

dem chinesischen Festland – erworben. Nach einer Gesetzesänderung kann an Ausländer, die für Taiwan einen besonderen Beitrag geleistet haben, die Staatsbürgerschaft verliehen werden, ohne dass diese ihre Herkunftsnationalität aufgeben müssen (persönliche Korrespondenz; [www.forum-weltkirche.de/de/personen/16641-luis-gutheinz-sj.html](http://www.forum-weltkirche.de/de/personen/16641-luis-gutheinz-sj.html)). – Siehe auch Luis Gutheinz' Beitrag über „Theologische Stimmen aus der chinesischen Welt“ in *China heute* 2016, Nr. 4, S. 239-244.

19. Juli 2017:

### Göttin Mazu wird um Schutz der Sommer-Universiade gebeten

Taipeis Bürgermeister Ko Wen-je und weitere Stadtvertreter sowie Verantwortliche des Organisationskomitees baten am 19. Juli die Göttin Mazu im Guandu-Tempel westlich von Taipei um ein gutes Gelingen der 29. Sommer-Universiade. Die Universiade – die Weltsportspiele der Studenten – war die größte jemals von Taiwan verantwortete Veranstaltung und fand vom 19. bis 30. August 2017 statt. Der Bürgermeister verriet vorher, dass er einen Monat lang nur vegetarisch essen werde – eine allgemeine Praxis, wenn es sich um ein Gebet in einem besonderen Anliegen handelt. Im Vorfeld zur Universiade nahm die Polizei eine ungewöhnlich hohe Zahl von illegalen Einwanderern, vor allem aus afrikanischen Ländern, fest. Willi Boehi

23. Juli 2017:

### Taipei: Proteste gegen angebliches „Weihrauchverbot“

10.000 Menschen gingen in Taipei auf die Straße aus Sorge um ein „Weihrauchverbot“ in Tempeln. Die Demonstration am 23. Juli vor dem Präsidentschaftsgebäude, an der vor allem Daoisten und Anhänger der Volksreligiosität teilnahmen, erfolgte nach einer Falschmeldung in den Medien, nach der die Umweltschutzverwaltung den Gebrauch von Weihrauch verbieten wollte. Beamte widersprachen dem Bericht; man wolle den Gebrauch von Weihrauch reduzieren, jedoch nicht verbieten. Unter den Demonstrierenden waren Vertreter von 100 Tempeln. – Mitte Juni hatte das Ministerium eine Maßnahme vorgelegt, nach der aus Gründen der Luftverschmutzung der Gebrauch von Weihrauch eingeschränkt werden solle. Li Yinyuan, Minister der Umweltschutzverwaltung, erwähnte, dass in Taiwan jährlich geschätzte 24 Tonnen Weihrauch verbrannt würden. Die Verwaltung wolle u.a. den Gebrauch von billigem Weihrauch aus China und Vietnam einschränken. Verschiedene Tempel haben bereits seit einiger Zeit den Gebrauch reduziert oder ganz verboten. Im August rief Minister Li auch dazu auf, während

des „Geisterfests“ am 5. September, bei dem u.a. Papiergeld verbrannt wird, auf umweltfreundliche Praktiken umzustellen. Während des Geistermonats, der dieses Jahr am 22. August begann, werden von Privathaushalten wie Firmen den Ahnen und Verstorbenen Gaben dargebracht und Papiergeld verbrannt (*Taipei Times* 22.08.; *UCAN* 26.07.).

29. September 2017:

### Katholische Fu-Jen-Universität eröffnet Klinikum

Das neue Krankenhaus wurde am 29. September eingeweiht. Die Zeremonie begann mit einer Eucharistiefeier, der Erzbischof Peter Liu Cheng-chung von Kaohsiung vorstand. Es predigte Kardinal Peter Turkson, Präfekt des im Vatikan neuerrichteten Dikasteriums für die ganzheitliche Entwicklung des Menschen. Er betonte den Auftrag von Ärzten und Pflegepersonal, die Patienten zu begleiten, die oftmals von der Gegenwartskultur als „nutzlos“ eingestuft würden. Kardinal Charles Maung Bo von Yangon, Myanmar, und der Vizepräsident Taiwans, der Katholik Chen Chien-jen, nahmen ebenfalls teil. Die Arbeiten an dem neuen Klinikum hatten 2011 begonnen. Nach Aussagen von Universitätspräsident Vincent Chiang Han-Sun, selbst Mediziner, soll die Klinik zum besten medizinischen Forschungszentrum auf der Insel ausgebaut werden. – 1933 hatten die Steyler Missionare in Peking von den Benediktinern die katholische Fu-Jen-Universität übernommen und sich u.a. aufgrund eines erheblichen Mangels an Ärzten und Pflegepersonal in ganz China von Beginn an um die Einrichtung einer medizinischen Fakultät bemüht. Durch verschiedene Hindernisse und die Machtübernahme der Kommunisten 1949 kam es nicht dazu. Das Projekt wurde nach der Neugründung der Fu-Jen-Universität auf Taiwan 1961 erneut in Angriff genommen. 1990 wurde schließlich das College of Medicine gegründet, gefolgt von weiteren medizinischen Instituten. Für die praktische Ausbildung fehlte bislang ein Krankenhaus, zumal es in dem Stadtviertel keine größere Klinik gibt. Der Bürgermeister von New Taipei, Eric Chu, sagte bei der Einweihung, das Krankenhaus werde neben moderner medizinischer Forschung den Bewohnern in den umliegenden Stadtteilen Xinzhuang und Taishan einen großartigen Dienst erweisen (*AsiaNews* 30.09.; über „Das Vorhaben einer Medizinischen Fakultät an der Fu-Jen-Universität in Peking“ siehe den Beitrag von Karl Josef Rivinius in *China heute* 2015, Nr. 4, S. 249-261.)

Katharina Feith, Gregor Weimar

Katharina Wenzel-Teuber

Alle Quellenangaben in der „Chronik“ beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf das Jahr 2017.